einzelverkaufspreis dm 1.50 incl. 5,5% mwst.

# Informations-Dienst



## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH _ NR. 97 18.10.1975




herausgeber :
frankfurter informationsdienst e.v.
6 frankfurt 9o
hamburger allee 45
tel. o611/ 7o4 352

postadresse :
6 frankfurt 9o
postfach 9oo3 43

postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6 frankfurt 9o
nr. 52 52 28 - 6o2

verantwortlicher
redakteur: f. kern

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 39 12 67

druck: eigendruck

## HAUSMITTEILUNG

Ab- um-, neu- und mehrbestellungen, mahnungen, rechnungen - also der ganze finanz- und bürobetrieb - sind in den ID-ferien ein- und aufgelaufen. Inzwischen sozusagen heißgelaufen. Das zeigt sich auch in einigen kritischen briefen und anrufen von alt- oder neuabonnenten. Wir hoffen, in den nächsten wochen auf der höhe der zeit sein.

FRANKFURT (ID) 16. oktober

## DIE NEUE ZENSUR - FREISLERS ALTE SCHÖPFUNG

Wir haben mit einschneidender zensur und verboten zu rechnen: aller voraussicht nach wird in der bundesrepublik in kürze ein neues gesetz verabschiedet, das in weiten kreisen bisher kaum bekannt geworden ist, dessen tragweite jedoch absehbar ist angesichts seiner erschreckenden ähnlichkeit mit nazionalsozialistischen zensurgesetzen und der daraus hervorgegangenen verfolgung von "gesinnungstätern" im Dritten Reich. Die anstehende neuschöpfung hat erwartungsgemäß auch nicht die "liberalen kräfte" zu wecken vermocht, die ansonsten im historischen rückblick auf das NAZIreich den verlust von presse- und meinungsfreiheit beklagen und deren vermeintlichen wiedergewinn nach 1945 heute, auf beiden augen blind, feiern zu müssen meinen. Es kommt jedoch schlimmer, denn: Die gedruckte presse ist weitgehend in der hand der kapitalfraktion und von ihr bestimmt, die öffentlich-rechtlichen medien sind ebenso von der kapitalfraktion und ihren erfüllungsdirektoren durchsetzt, weshalb das neue "gesetz zum schutz der öffentlichkeit und des gemeinschaftsfriedens" samt seinem besonderen bezug auf presse, verlage, autoren und drucker ein "maulkorbgesetz" sein wird, auf das sich die staatsmacht immer dann beruft, wenn sie künftig den unangepassten meinungsbildnern die zungen in die hälse zurückprügelt, sie verfolgt und einsperrt.

Es ist unter anderem das verdienst des verbandes der linken buchhändler, auf die neue entwicklung relativ früh aufmerksam gemacht zu haben - der in zusammenarbeit mit autoren, journalisten, herausgebern, rechtsanwälten u. a. eine kampagne gegen die verabschiedung des gesetzes und des § 13o A durchführt. Eine veranstaltung im rahmen der kampagne findet am 24.1o. in München staat (dazu Herbert Röttgen's ausführung "der schleichende staatsstreich", siehe unten).

Eine weitere veranstaltung, von der bürgerlichen presse nicht oder nur verstümmelt zur kenntnis genommen, fand in form einer podiumsdiskussion anlässlich der Frankfurter Buchmesse statt, an der Herbert Röttgen vom Trikont-Verlag, der schriftsteller Erich Fried (London), der Stuttagrter Oberlandgerichtspräsident a. D. Richard Schmidt, Prof. Ulrich Sonnemann (München), Klaus Wagenbach (Berlin) und Rechtsanwalt Hans-Heinz Heldmann (Darmstadt) unter leitung des schriftstellers Arnfrid Astel teilnahmen.

Richard Schmidt, früher präsident jenes landgerichts, das jetzt in Stammheim gegen die RAF-gefangenen verhandelt (wozu sich Schmidt kritisch in der öffentlichkeit geäußert hat, siehe den artikel: "Hat es seit dem volkgsgerichtshof nicht mehr gegeben", ID nr. 89), zum "maulkorbgesetz", daß die geplante "vorverlegung des staatsschutzes" in den raum der meinunsäußerung eine schöpfung von niemand anders als vom vorsitzenden des nazionalsozialistischen volksgerichtshofes, Richard Freisler, sei, dessen faschistischer inquisition viele als "gesinnungstäter" zum opfer gefallen sind. Durch das "maulkorbgesetz" werde strafbar sein, wer eine tat/handlung befürwortet, und sei es nur die tat oder handlung als "gattung": Die bloße äußerung, die ein anderer für eine aufforderung hält, egal ob "ins leere gesprochen" oder ob "folgen entstehen", wird bestraft, obwohl das grundgesetz in § 3 absatz 3 die benachteiligung wegen politischer gesinnung verbietet. Laut bundesverfassungsgericht kann man also eine überzeugung haben, aber wenn man sie äußert, macht man sich strafbar. Mit dem gesetz "zum schutz des gemeinschaftsfriedens", den verteidigerausschlußgesetzen, den maßnahmen gegen verteidiger in politischen verfahren und den gesetzen zur frage der "radikalen im öffentlichen dienst", einem "schleichenden staatsstreich" (Röttgen), begeht die Bundesrepublik den schritt "vom verfassungsstaat zum reinen exekutivstaat" (Schmidt).

Der § 13o A wird bereits praktiziert, sowohl von richtern wie auch von ermittlern (siehe bericht über verhaftungen am Spanischen stand auf der buchmesse in diesem ID : "polizei praktiziert "maulkorbgesetze" an messebesuchern). Der in der chirurgischen abteilung des Düsseldorfer gefängnisses liegende Karl-Heinz Roth (siehe in diesem ID: "Karl-Heinz Roth in vernichtungshaft") wird als autor an einer veröffentlichung im Trikont-verlag gehindert, der verlag wiederum wird überwacht, das telefon abgehört, wovon man bruchstückhaft näheres erfährt, wenn zum beispiel ein staatsanwalt in einem prozeß vorhaltungen macht, die eindeutig auf das abhören eines telefongesprächs zurückgehen. Die SPD macht sich dafür wortstark, in Spanien die politische literatur zuzulassen, in der Bundesrepublik nicht. Und die verlage ? Das ETA-buch über Carrero Blanco veröffentlicht der italienische verlag Feltrinelli, nicht Rowohlt, Fischer oder Suhrkamp. Nach dem verbot, in Frankreich Marighelas handbuch herauszubringen, schließen sich 17 französische verlage zusammen, um es herauszubringen. Zu recht wundert sich Klaus Wagenbach ein wenig, warum das "maulkorbgesetz" recht werden soll, wenn bereits die bisherige gerichtspraxis ausreicht, um ihn, der die erschießung Georg von Rauchs einen mord nannte, zu 25 ooo,- geldstrafe zu verurteilten. Doch "die totalität der neuen gesetze ist in der tat neu" (Wagenbach)

Stammheim ist der "prototyp justizieller auseinandersetzung neuer art" (Heldmann). Es ist der versuch, im bereich der politischen justiz den ausnahmezustand herzustellen, an dessen beginn isolierungs- und vernichtungshaft stehen, zerschlagung der kollektiven verteidigung bei gleichzeitigem festhalten an der kollektiven anklage ("kriminelle vereinigung"), nach § 231 A erfolgt die verhandlung ohne angeklagte, gesetzeswidrig als rückwirkendes verbot erwirkt. Verfahrensverstöße und sondergerichtsverfahren. Der politische gegner soll nicht abgeurteilt, sondern vernichtet werden.

In England, so berichtet Erich Fried, in London lebender schriftsteller, hat eine einflußreiche organisation von rechtsanwälten den Stammheimer prozeß, berufsverbote (Sigrist), Georg von Rauch u. a. erörtert, dabei fielen vergleiche wie: "Es ist wie bei der einführung von gaskammern". "Von oben organisiertes unrecht und terror", sagt Erich Fried, und bemerkt, manches sei ärger als bei den nazis, weil "die art nicht so offenkundig wahnsinnig ist, sondern fein eingefädelt", wobei aber die offenkundige wahnsinnigkeit des nazis im Deutschen Reich auch erst mal gar nicht als offenkundig erkannt worden sei. Heute wird auch nur einiges offenkundig, wenn man aufmerksam ist, wenn man beispielsweise äußerungen von VOGEL/Stoltenberg/Schmidt mit äußerungen von Freisler vergleicht. (Dazu werden wir in den folgenden nummern veröffentlichen: Michael Empell, Zur kampagne für das verteidigerausschlußgesetz und gegen die verteidigung der gefangenen aus der RAF, Einige hinweise auf die identität der argumente im Dritten Reich und jetzt, herausgeber: Anwaltsbüro Groenewold, Dr. Degenhardt, Köncke, Hamburg 1975)

MÜNCHEN (blatt/ID)

## DER SCHLEICHENDE STAATSSTREICH

Unter diesem thema findet am freitag, den 24. 1o. 75 um 2o uhr im Schwabingerbräu eine veranstaltung staat. Rechtsanwalt Schily, der schriftsteller F. C. Delius und voraussichtlich Professor Brückner werden zur frage der verteidigergesetze, zum geplanten "Maulkorbgesetz" und zu den berufsverboten sprechen. Daneben werden je ein vertreter münchner rechtsanwälte, münchner verlage und der berufsverbotsgruppe über die möglichkeiten diskutieren, in den drei angesprochenen bereichen staatlicher repression gegenmodelle zu entwickeln, die geeignet sind, das stadium der selbstbemitleidenden defensive zu überwinden.

Das thema "schleichender staatsstreich" wurde gewählt, um auszudrücken, daß die veranstalter sich von der these des "neuen faschismus" bewußt abgrenzen. Denn gerade jetzt, wo nocheinmal angesichts des realen terrors in Spanien und Chile deutlich wird, was faschismus ist, werden die unterschiede zur strategie der bundesdeutschen sozialdemokratie, potentielle konfliktherde durch eine fortschreitende repression unter dem deckmantel von "rechtsstaatlichkeit" zu beseitigen, überdeutlich.

Ein plastisches beispiel für diese strategie des "schleichenden staatsstreichs" ist das urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 22.5.75 zur frage der "radikalen im öffentlichen dienst", von dem wir einen kurzen ausschnitt zitieren wollen, der für sich spricht:

"Die politische treuepflicht (des beamten) fordert mehr als nur eine formal korrekte, im übrigen uninteressierte, kühle innerlich distanzierte haltung gegenüber staat und verfassung; sie fordert vom beamten insbesondere, daß er sich eindeutig von gruppen und bestrebungen distanziert, die diesen staat, seine verfassungsmäßigen organe und die geltende verfassungsordnung angreifen, bekämpfen und diffamieren. Vom beamten wird erwartet, daß er diesen staat und seine verfasung als einen hohen positiven wert erkennt und anerkennt, für den einzutreten es sich lohnt. Politische treuepflicht bewährt sich in krisenzeiten und in ernsthaften konfliktsituationen, in denen der staat darauf angewiesen ist, daß er beamte partei für ihn ergreift.

Während die problematik der berufsverbote und auch die problematik der maßnahmen gegen verteidiger in politischen strafsachen und der verteidigerausschlußgesetze einer größeren öffentlichkeit durch die presse gegenwärtig ist, ist die geplante strafrechtsänderung, die auf der veranstaltung diskutiert werden soll, noch weitgehend unbekannt. Wir bringen daher hierzu einen beitrag, der in die problematik einführt.





Aller voraussicht nach wird noch im spätherbst dieses jahres ein gesetz verabschiedet, daß in der nachkriegsgeschichte der BRD einmalig dasteht - das gesetz zum schutz des gemeinschaftsfriedens, von dem eine vorschrift, die sich mit der presse beschäftigt, schon jetzt kurz als "Maulkorbgesetz" bezeichnet wird. Mit diesem gesetz will der staat die sich ausbreitende welle von gewalt - von radikaler gewalt, die sich gegen das system richtet, bannen. Betroffen sind vor allem das demonstrations- und versammlungsrecht, dabei vor allem die ausländer, sowie die herstellung und verbreitung radikaler literatur.

Mit großem pathos wird in der begründung eine knappe geschichte der revolutionären gewalt der letzten jahre dargestellt. Anwendung und propagierung von gewalt - so der entwurf des Bundesrates - hätten sich in den letzten jahren gewaltig gesteigert. Im zuge der sich brutalisierenden ausschreitungen wurde gewalt als mittel politischer auseinandersetzung benutzt. "Erklärtes ziel dieser umtriebe ist es, durch ständige verunsicherung von staatlicher ordnung und bevölkerung eine vorrevolutionäre situation zur vorbereitung des gewaltsamen umsturzes zu schaffen." So manchem dogmatischen linken, der glaubt, daß eine Oktoberrevolution und eine erstürmung des Winterpalais in unserem land noch möglich sei, müßten solche sätze wie honig schmecken - unterstellen sie doch eine vorrevolutionäre macht, über die wir nur erfreut sein müßten. Leider ist dem nicht so! Aber so wenig richtig die staatliche und linksdogmatische einschätzung der lage sein mag, so ganz unrecht haben sie nun auch wieder nicht. Sicher sind die auseinandersetzungen während der olympischen spiele, die in der gesetzesbegründung ebenso genannt werden, wie der sturm auf das Bonner Rathaus 1973, die Frankfurter und Heidelberger strassenbahndemonstrationen, die störungen des vorlessungsbetriebes und die häuserbesetzungen keine meilenstreine, hinter denen direkt das revolutionäre chaos losgeht. Vor allem im augenblick gibt es eher einen rückzug. Aber was garantiert dem staat, daß es sich dabei nicht um eine atempause, ein bloßes luftschnappen handelt. Die fanale, die bei den 73er streiks im Ruhrgebiet gebrannt haben, kommen urplötzlich an anderen orten und mit anderen inhalten wieder zum vorschein - etwa in Wyhl. Zum glück schwelt die glut des aufstandes weiter. Das weiß der staat und er versucht, sie zu ersticken.

Dabei wagt er sich diesmal in der tat auf ein gebiet, daß er bisher mit seidenhandschuhen anfaßte, ja man kann sage das tabu war - die literatur. Ich erinnere mich noch an den geschichtsunterricht, wo die bücherverbrennungen der SA als die schändlichste tat schlechthin angeprangert wurden. Wer sich in Deutschland am geiste verging, hatte tausendmal mehr gesündigt als der, der sich gegen menschen verging. Gleich vielen ähnlichen bemerkungen bewirkte die aussage des bundeskanzlers Erhard, bei den deutschen literaten handle es sich um pinscher, einen weit grösseren protest als die ans licht gezerrte tatsache, daß der damalige präsident Lübke KZ's gebaut habe. Es ist vor allem der gruppe 47 zu verdanken, daß die tabuisierung des buches erreicht werden konnte. In den 5oer jahren war der staat noch störrisch, die literaturlandschaft ähnelte mehr oder weniger den beiden vorausgegangenen jahrzehnten. Aber diesmal gab es einen wirklichen sieg des Liberalismus - von der pornografie bis zur linken theorie - in Deutschland durfte alles gedruckt und verbreitet werden.

Durch die maulkorbgesetze wird damit schluß gemacht. Das buch ist wider verletzlich geworden. So frei und unbekümmert der staat die pornografie jetzt handhabt, so eng und unerbittlich legt er die gewaltliteratur an die kette. Wer nun glaubt - und bisher ist die diskussion von offizieller seite unter solcher ausschließlichkeit geführt worden - es handle sich hierbei nur um handbücher und anleitungen der stadtguerilla, hat den gesetzestext nicht gelesen. Dort steht es eindeutig, daß alles verboten werden soll, was über gewalt schriftlich verbreitet wird. Es ist klar, daß damit gegengewalt gemeint ist, denn die verherrlichung von staatlicher gewalt gehört schon immer zu den honorigsten aufgaben.

Zur diskussion stehen drei entwürfe, der eine von der CDU/CSU, der andere vom Bundesrat und der dritte von der regierung. Weder in der begründung noch in der schärfe der einzelnen paragraphen unterscheiden sich die vorschläge wesentlich, was die literatur anbelangt. Es scheint vielmehr so, als habe hinter der einheit der zwang gestanden, sich gegeneinander in der gesetzeshärte zu übertreffen. Da der regierungsentwurf die größten chancen hat, durchzukommen, zitieren wir aus ihm den entscheidenden paragraphen 13oa: "Wer eine schrift (§ 11 abs. 3), die die befürwortung einer in 4 126 abs. 1 nr. 1-6 genannten rechtswidrigen taten oder die anleitung zu einer solchen tat enthält und bestimmt, sowie nach umständen geeignet ist, die bereitschaft anderer zu fördern, solche taten zu begehen,
1 verbreitet
2 öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht oder
3 herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, in den räumlichen geltungsbereich dieses gesetz es einzuführen oder daraus auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene stücke im sinne der nummern 1 und 2 zu verwenden oder einem andern eine solche verwendung zu ermöglichen, wird mit freiheitsstrafe bis zu 3 jahren oder mit geldstrafe bestraft."

Zu den "rechtswidrigen taten" zählen außer mord und totschlag auch der landfriedensbruch. Wenn Du also im nächsten jahr ein buch beziehst, in dem geschrieben steht: "es war nicht nur gut, sondern es ist ausgezeichnet, daß die einwohner von San Sebastian steine gegen die spanische polizei geworfen haben ..." dann kannst Du bis zu drei jahren bestraft werden. Der gesetzestext deckt den tatbestand ab, denn es handelt sich um einen landfriedensbruch. Da die linke aber oft ihre ansichten verklausuliert darstellt, sodaß niemand was versteht, glauben bestimmt einige schlaue, daß sie von wegen dem jargon durchs netz schlüpfen können. Doch diesmal - ganz im gegensatz zu früher - geht es auch den theoretikern an den kragen. Jetzt darf man nicht einmal mehr durch die blume, sprich objektanalyse des kapitals, zum umsturz aufrufen, jetzt muß sogar ein linker chefökonom wie Altvater unter die guillotine. Das war bisher nicht möglich, denn "diese tatbestände sind häufig deshalb nicht erfüllt, weil die propagierung der gewalt so formuliert ist, als handle es sich um eine theoretische abhandlung über den ablauf von revolutionen und den dabei anzuwendenden methoden." Diese lücke wird jetzt aufgefüllt: "erfaßt werden soll insbesondere ein - häufig auch in theoretisierender form gekleidetes - eintreten für das begehen der genannten straftaten und bedrohungen." Doch halt! So einfach und plump ist der gesetzgeber nicht vorgegangen. Mit spürsinn fürs wichtige werden bestimmte belustigungen des volkes, wie z. b. kriminalromane, explizit ausgenommen. Oder wo kämen wir hin, wenn die hinlänglich bekannte vorliebe der Bayern fürs fluchen und gewaltsame kraftausdrücke (im gesetzesjargon "verbalterror") am nächsten tag amtlich registriert und verhandelt würde. Die hohe polizei wäre sicher überlastet, und so nimmt der entwurf des Bundesrates solche äußerungen bei "biertischgesprächen" eindeutig von der bestrafung aus.

Es darf also weiter geflucht werden! In den fällen, wo sich sogenannte gewaltliteratur konzentriert, aber wird tabula rasa gemacht. Das sind insbesondere die linken verlage. So würde nach dem neuen gesetz das gesamte programm des Trikont-verlages mit der ausnahme von einem oder zwei titeln unter das beil des scharfrichters fallen. In unserem land, wo seit dem krieg jedermann an jedem kisok landserhefte kaufen kann, gibt es demnächst einen sauberen büchertisch. Herbert Marcuse wird davon ebenso verbannt sein wie das kommunistische manifest. Gehören auch die posters Che Guevaras dazu?

Mit dem gesetz werden die ureigensten grundvorstellungen des Liberalismus, insbesondere die freie meinungsäußerung angegriffen. Doch bezweifle ich, daß sich dort viel rührt. Im gegenteil, die Liberalen werden sich genauso wie in den 3oer jahren eingliedern. Wird deswegen, weil ein breiter protest ausbleibt, die schwarze zukunftsvision eines W.B. im Konkret eintreffen? - "Wenn die gerichte die neuen gesetze extensiv auslegen - und warum sollten sie das bei ihrer größtenteils gouvermentalen tendenz nicht - werden sich die gefängnisse mit autoren und druckern, mit verlegern und buchhändlern füllen, oder wir werden eine innere zensur bekommen, gegen die alle staatliche zensur der vergangenheit ein kinderspiel ist."

Auch wenn ich nicht glaube, daß morgen das proletariat den bürgerlichen staat und seine zensur zerschlägt, sehe ich die zukunft nicht so düster. Gegen das Maulkorbgesetz wird sich eine neue illegalität durchsetzen - auf sehr breiter ebene wie im fall des § 218. Eine illegalität, in der nicht gleich zur knarre gegriffen werden muß. In diesem sinn wird die verbreitung und propagierung revolutionärer literatur weitergehen. Schließlich waren große teile des deutschen volkes schon einmal durch einen massenhaften gesetzwidrigen literaturbezug gebrandmarkt - als gegen mitte der 6oer mahre die pornoschriften über die dänischen grenzen fluteten. Schon jetzt wird die neue gesetzinitiative von ausländischen verlagen mit bestürzung registriert und in direktem bezug zur nicht mehr jüngsten vergangenheit gestellt. Es besteht gar kein zweifel, daß reonommierte verlagshäuser wie Feltrinelli in Italien oder Maspero in Frankreich unter diesen umständen eine deutsche reihe in ihr programm aufnehmen würden. Ganz zu schweigen von den auslandsniederlassungen, über die je tzt schon kleinere linke verlage diskutieren sollen. Es wird also wieder eine emigrationsliteratur-schon seit jahren das lieblingskind der germanistikprofessoren - geben. Da sie aber die literatur verbieten werden, das reisen aber aus bestimmten gründen nicht - werden die polittouristen, die vor zwei jahren im streikenden Italien waren, die sich dieses jahr an den revolutionären küsten Portugals gesonnt haben und die nächstes jahr in ein kämpfendes Spanien reisen werden, die bücher mit nach Deutschland bringen. Dort wird es ein breites verteiler- und vertriebsnetz geben. Lernen wir aus der amerikanischen Community-bewegung, wie wir ohne maulkorb leben können.

## polizei praktiziert "Maulkorbgesetze" an messebesuchern

Frankfurt (ID)
12 Oktober

Ihrer zeit weit voraus zeigte sich am letzten wochenende die polizei auf der Frankfurter buchmesse. Während bundesrat und parlament noch mit der vorbereitung der neuen "befriedungsgesetze", auch maulkorbgesetze genannt, beschäftigt sind, wird in Frankfurt bereits der "fortschritt" praktiziert. Auftakt am Samstag vor dem offiziösen stand des Franco-regimes: ansammlung von ca. 100 demonstranten, sprechchöre, viel papier fliegt durch die luft, lockeres gerangel mit der polizei, die am rande einen der besucher zusammenschlägt und wegschleift.

Am Sonntag dann gehts rund: vor dem faschistenstand sind wieder 20 bis 30 leute versammelt, lose diskussionsgruppen, kleine provokante schwätzchen mit den grünen, die sich im stand verbarrikadiert haben. Nicht viel los, man steht rum, man sieht den uniformierten und zivilen zu, wie sie den standeingang kunstvoll verschnüren, man unterhält sich, man spricht seine gedanken aus: "man müßte einfach die stellwände umschmeißen..."

Hierbei aber lauscht einer der zahlreichen zivilen. Geht nach hinten, gibt order. Ein bullenstoßtrupp stürzt sich auf vier messebesucher, einer kann sich freiwinden, die anderen werden brutal gepackt, zu boden gestoßen, getreten, mit giftgas traktiert und weggeschleift — wie man es kennt.

Was neues: der einsatz von zunächst unsichtbarer farbe, mit der die bullen uns ansprühen, und die dann zu einem rot leuchtenden erkennungsmerkmal für weitere greifertrupps werden kann.

Hat die Frankfurter polizei mit dieser aktion einerseits wieder einmal ihre zukunftsorientierte einstellung gezeigt (eingreifen bereits bei bloßer erörterung von gewalt, neuer § 130 a StGB, s.o.), so steht sie andererseits in bester polizeilicher tradition der "wasserschlag-strategie" verhaftet wurden nämlich völlig unbeteiligte, kulturbeflissene auswärtige messebesucher: zwei mitglieder des Berliner Walde-Theaters und der kulturredaktion des Saarländischen Rundfunks, der schriftsteller Arnfried Astel — er hatte gewagt, bei der brutalen verschleppung der theaterleute lauthals um hilfe zu schreien — sicher auch eine aufforderung zur gewalt nach den neuen gesetzen (hilfe g e g e n die polizei!).

Die daraufhin unsererseits anlaufende kampagne hatte zur folge: ein durch zahlreiche protestanrufe total entnervter oberbefehlshaber im kommissariat, ein rotierender kulturdezernent der stadt Frankfurt, der den Astel persönlich kannte, ein aus dem schlaf gerissener polizeipräsident — und schließlich gegen vier uhr früh die entlassung der verhafteten.

Montagmittag dann pressekonferenz des verlags "Neue Kritik", auf der der VS, die ESG, der VLB und zahlreiche ausstellende verlage in einer resolution den abzug der polizeistreitkräfte vom messegelände forderten. Im verlauf der gut besuchten konferenz (auch viele ausländische journalisten) wurde die polizeiliche darstellung des geschehens von mehreren zeugen als eindeutige schutzbehauptung gekennzeichnet: die bullen hatten nämlich behauptet, militante demonstranten hätten einen beamten angegriffen, zu boden gebracht und ausgezogen, so daß dieser dann zur chemischen keule gegriffen habe — klar wurde aber allen anwesenden, daß die Frankfurter polizei selbst die hosen runtergelassen hatte.

Weitere folgen: einer derjenigen messebesucher, die von dem wild um sich gasenden bullen getroffen worden war, ist der jurist Sebastian Cobler, einer der initiatoren der kampagne gegen den CN-gas-einsatz. Grad rechtzeitig zum hearing am Dienstag bekam er einen sinnlichen eindruck des bisher von ihm nur theoretisch erfaßten problems.

Und das Walde Theater, das sich in Frankfurt aufhielt, um studien für ein stück über die neuen gesetze zu treiben, konnte es nicht besser treffen: noch am Montagabend stand das neue stück und erlebte Dienstag im Mainninger-Theater seine erste aufführung — fast live.

(basis-bericht)

## italienische faschisten auf der buchmesse

Frankfurt (ID)
13. Oktober

Gegen die anwesenheit des faschistischen verlages Ciarrapico aus Rom auf der Frankfurter buchmesse haben etwa 50 italienische verleger interveniert. In ihrem protestpapier heißt es:

"Der Ciarrapico-Verlag bezieht sich auf die prinzipien der nazifaschistischen theorien und verherrlicht die schlimmsten verbrechen der diktaturen von Mussolini und Hitler, die gegen die volksmassen und alle freiheiten begangen wurden.

Die verleger betonen die zusammenarbeit zwischen dem faschistischen verlag und dem gegenwärtigen innenminister Italiens, Luigi Gui, der für eines der bücher das vorwort geschrieben hat.

Die verleger fordern die zuständigen italienischen behörden auf, die finanzquellen dieses verlages aufzudekken und mit allen mitteln gegen ihn vorzugehen, die die italienischen gesetze und die verfassung bieten: nämlich das verbot von offener verteidigung des faschismus. "

Was in dem papier-protest nicht steht, aber von genossen bestätigt wird: die druckerei des verlages wird mit mitteln der "Casa de Mezzogiorno" finanziert, einer staatlichen behörde zur kreditvergabe an Süditalien.

## SPD-magistrat verbietet sammlung für den chilenischen widerstand

Kassel
14. Oktober

Die „Auseinandersetzung" (Kasseler schülerzeitung) hat vom 8. – 13. 9. mit anderen Kasseler organisationen (Arbeitskreis Frauen, Asta, Bund demokratischer Jugend, KB, KBW, KSB, Naturfreundejugend, Soldaten- und Reservistenkomitee) eine Chile-solidaritätswoche durchgeführt. Neben dem Chile-fest und dem fußballturnier sollte jeden tag auf dem Königsplatz ein info-stand mit spendensammlung gemacht werden. Der info -stand wurde nur für zwei tage genehmigt (angeblich kein platz mehr), die spendensammlung wurde vom ordnungsamt verboten (siehe nebenstehenden brief). Die innenpolitische situation in der BRD verschärft sich, das zeigt sich nicht nur an diesem punkt: War die situation in bezug auch Chile dadurch gekennzeichnet, daß die chilenische militärdiktatur von der bundesregierung und anderen staatlichen organen unterstützt wurde (zahlung von krediten, gewährung der verlängerung von krediten bei den umschuldungsverhandlungen in Paris, diplomatische anerkennung und zuletzt die ausbildung eines chilenischen offiziers bei der bundeswehr), so gehen die staatlichen stellen in der BRD offensichtlich dazu über, die solidarität mit dem chilenischen widerstand zu behindern und zu illegalisieren, perverserweise argumentiert das ordnungsamt auch noch mit dem grundgesetz. Solche friedensstörenden handlungen, insbesondere die führung eines angriffskrieges stellt art. 26,1 des GG unter strafe, durch das Kasseler anwaltsbüro Heyner/Riemer bean-

tragte Horst Meier (antragsteller der sammlung) beim verwaltungsgericht Kassel im auftrag der an der aktionseinheit beteiligten gruppen eine einstweilige anordnung gegen das verbot zu erlassen, in der begründung dieses antrages heißt es in bezug auf die heranziehung des art. 26,1 als begründung für das sammlungsverbot: „... die antragsgegnerin sieht die finanzielle unterstützung einer widerstandsgruppe, die den sturz einer regierung plant, als friedensstörende handlung an, diese auffassung wird nicht für richtig gehalten ...

Das der sammlungszweck möglicherweise nicht ausschließlich karitativer art ist, sondern die spenden auch zur förderung gewaltsamer auseinandersetzungen verwendet werden können, hat in diesem zusammenhang außer acht zu bleiben, diese möglichkeit muß nach angabe des verwendungszwecks jedem möglichen spender bewußt sein. Es bleibt seiner entscheidung überlassen, ob er unter diesen voraussetzungen spenden will (vergl. verwaltungsgericht Schleswig, Aktenzeichen 3 d 121 / 75)

... entgegen der ansicht der antragsgegnerin, die sich immerhin an einen nahezu vergessenen artikel aus der verfassung erinnert, verletzt die sammlung zu dem genannten zweck nicht artikel 26 GG, in der literatur wird zwar als verfassungswidrige friedensstörende handlung das „hervorrufen von bürgerkriegslagen in einem anderen staat" gekennzeichnet (Maunz Düring/Herzog, Grundgesetz randnot 29 zu Artikel 26), der begriff des hervorrufens von bürgerkriegslagen dürfte auch dahin zu präzisieren sein, daß jede initiierung oder förderung von gewalt auf einem fremden territorium verfassungswidrig im sinne des art. 26 GG ist. Das kann aber nur dann gelten, wenn die förderung von gewalt zum zwecke des sturzes einer demokratisch legalen regierung erfolgt. Ist dagegen eine solche regierung durch einen umsturz verdrängt worden, können die putschisten nicht erwarten, daß sie unter den friedensschutz des art. 26 GG gestellt werden. Die unterstützung einer gruppe, die versucht, eine demokratische – legale regierung nach einem staatsstreich wieder in ihre rechte einzusetzen, ist deshalb nach art. 26 GG nicht verfassungswidrig. Innerhalb der bundesrepublik können logischerweise handlungen nicht verfassungswidrig sein, die der wiederherstellung der demokratischen verfassungsmäßigkeit in ein einem anderen land dienen. Eine andere betrachtungsweise liefe darauf hinaus, daß unrechtshandlungen in anderen staaten unter den schutz des grundgesetzes gestellt würden. ein ergebnis, das sich mit sinn und zweck des art. 26 GG nicht vereinbaren läßt..."

Am 10. September lehnte die vierte kammer des verwaltungsgerichtes den antrag ab. Es setzte sich jedoch nicht inhaltlich mit dem problem auseinander, sondern lehnte den antrag mittels eines formalen tricks ab: weil Horst keine schriftlichen vollmachten aller beteiligten gruppen vorgelegt hatte, war er nach auffassung des verwaltungsgerichtes gar nicht „antragsberechtigt". „Der vortrag, daß herrn Meier von delegierten der gruppen mündlichen vollmacht erteilt worden sei, reicht nicht aus", meinte das gericht.

Die beteiligten organisationen haben nun bei der widerspruchsstelle der stadt Kassel widerspruch gegen das sammlungsverbot eingelegt. Sollte dieser widerspruch abgelehnt werden, so wird eine klage (natürlich mit den entsprechenden schriftlichen vollmachten) gegen diese ablehnung beim verwaltungsgericht eingereicht werden.

## die Hessisch-Niedersächsische Allgemeine und das öffentliche interesse

Die beteiligten organisationen haben sofort am tag des verbots eine presseerklärung gemacht, die mit dem brief des ordnungsamtes zusammen als flugblatt in der stadt verteilt wurde. Außerdem ging die presseerklärung an die Frankfurter Rundschau, DPA, die HNA und den Hessischen Rundfunk. Die FR brachte eine kurze meldung, ebenso der Hessische Rundfunk, bezeichnenderweise bei der HNA erklärte ein herr der lokalredaktion auf anfrage, unser streit mit dem ordnungsamt sei nicht von öffentlichem interesse und deshalb werde die HNA auch nichts darüber berichten! Nachdem aber die FR und der Rundfunk da doch anscheinend anderer meinung waren, fühlte sich die HNA wohl im zugzwang. Am tag nach der entscheidung des verwaltungsgerichts erschien ein schlüpfriger artikel, in dem natürlich völlig die begründung der anwälte (s.o.) für den antrag der einstweiligen anordnung fehlte. Eine presseerklärung der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), in der das verbot der spendensammlung verurteilt wurde, ist heute trotz nachhakens nicht gedruckt worden.

Die geldsammlungen während der solidaritätswoche brachten insgesamt etwas über 900 mark, die an organisationen des chilenischen widerstands (Christliche Linke, Bewegung der einheitlichen Volksaktion MAPU, Bewegung der revolutionären Linken MIR und der Koordination der Regionalkomitees der Sozialistischen Partei) zum aufbau von fabrik-, land- und wirtschaftskomitees weitergeleitet werden.

**DER MAGISTRAT DER STADT KASSEL**



Magistrat der Stadt Kassel · 3500 Kassel, Rathaus

Einschreiben mit Rückschein

Herrn
Horst Meier
3500 Kassel
Hirtenweg 26

Amt: Ordnungsamt
Für persönliche Rücksprachen
Sachbearbeiter: Tum
Anschrift: Altmarkt 1
Zimmer-Nummer: 417

| Ihr Zeichen | Ihr Schreiben | Unser Zeichen | Fernruf | Datum |
|---|---|---|---|---|
| | | -3211/T - | 1926 769 | 8. Sept. 1975 |

Betr.: Spendensammlung für den Widerstand in Chile
Bezug: Ihr Schreiben vom 2. 9. 1975

Sehr geehrter Herr Meier!

Ihr Antrag auf Genehmigung der o. g. Sammlung am 10. und 12.9.1975 an Ihrem Informationsstand in Kassel, Königsplatz, wird abgelehnt.

Nach Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland (GG) vom 23.5.1949 sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig.

Die finanzielle Unterstützung einer Widerstandsgruppe, die den Sturz einer Regierung plant, ist stets geeignet, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören. Die geplante Sammlung für nichthumanitäre Zwecke verstößt daher gegen die angegebene Vorschrift und somit gegen Recht und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland. Das Grundgesetz nimmt von den verfassungswidrigen friedensstörenden Handlungen nur den Verteidigungskrieg aus (Art. 73 Ziff. 1, 115 a ff GG). Eine deutsche Behörde hat jedoch nicht zu entscheiden, ob es sich bei den Aktionen der Widerstandsbewegung um Angriffs- oder Verteidigungsmaßnahmen handelt. Lediglich eine völkerrechtliche Entscheidung könnte hierüber Aufschluß bringen. Solange dies nicht erfolgt, dürfen deutsche Behörden davon ausgehen, daß die Unterstützung einer Widerstandsbewegung das friedliche Zusammenleben der Völker stört. Außerdem hat sich das deutsche Volk im Grundgesetz nach den Erfahrungen der jüngsten Geschichte verpflichtet, dem Frieden der Welt zu dienen.

Eine Erlaubnis für eine Sammlung, die der Unterstützung des Widerstands, ganz gleich in welcher Form, dient, ist zweifelsohne ein Verstoß gegen die geltenden Verfassungsnormen.

Ihr Antrag war daher abzulehnen.

Wir möchten Sie darauf hinweisen, daß Sie bei Nichtbeachtung unserer Verfügung eine Ordnungswidrigkeit begehen, die mit Bußgeld geahndet werden und zur Sicherstellung des Sammlungserlöses führen kann.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung beim Magistrat der Stadt Kassel, - Ordnungsamt -, Kassel, Altmarkt 1, Widerspruch eingelegt werden.

Die Frist wird auch gewahrt, wenn der Widerspruch unmittelbar bei dem Herrn Regierungspräsidenten in Kassel, Kassel, Steinweg 6, der den Widerspruchsbescheid zu erlassen hat, eingelegt wird.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

( K e r z )
Amtsrat

## "Aktion Wasserschlag"
## Berliner justiz verweigert rechtsschutz

Berlin 13. Oktober Nach der „aktion wasserschlag" (fahndung nach den Lorenz-entführern in der nacht vom 5.3.75) hatten über 100 der von den nächtlichen wohnungsdurchsuchungen, festnahmen und erkennungsdienstlichen behandlungen betroffenen widerspruch bzw. beschwerde gegen die fahndungsmaßnahmen, deren opfer sie geworden waren, eingelegt.

Sämtliche beschwerden wurden pauschal von dem generalstaatsanwalt zurückgewiesen, da sich kein rechtswidriges verhalten der beteiligten beamten habe feststellen lassen. Um eine gerichtförmliche kontrolle der vorgänge zu erreichen, haben daraufhin auf anraten des verteidigungskomitees allein schon 31 betroffene über ein Neuköllner anwaltsbüro antrag auf gerichtliche entscheidung gemäß §§ 23 ff. EGGVG bei dem dafür allein zuständigen kammergericht gestellt. Die mitteilung der justizpressestelle, die von nur vier anträgen spricht, ist schlicht falsch.

Aufgrund einer entscheidung des bundesverwaltungsgerichtes vom anfang des jahres entscheidet über die rechtmäßigkeit polizeilicher razzien etc. nicht mehr die verwaltungsgerichtsbarkeit, sondern nurmehr in erster und letzter instanz die strafsenate der oberlandesgerichte. Angesichts der tatsache, daß eine größere gruppe Berliner verwaltungsrichter entsprechende fahndungsmaßnahmen der staatsanwaltschaft öffentlich scharf kritisiert hat, kann die zuständigkeitsregelung auch hinweise auf den materiellen ausgang gerichtlicher verfahren geben.

So auch hier: Ohne auch nur den eingang der genannten anträge bestätigt und das aktenzeichen des vorgangs den betroffenen bzw. ihren anwälten mitgeteilt zu haben, hat der 2. senat des kammergerichts (berichterstattung: Krauskopf) unter vorsitz des designierten kammergerichtspräsidenten Meyer mit formularmäßigen ein-satz-beschlüssen ende September/anfang Oktober die gestellten anträge als „unzulässig" zurückgewiesen.

Der senat weigert sich damit, auch nur mit einem wort darauf einzugehen, ob die von den betroffenen in ihren beschwerden etc. zum teil detailliert erhobenen vorwürfe berechtigt sind.

Mit diesen entscheidungen soll offenbar verhindert werden, daß die fahndungsmaßnahmen, die in der öffentlichkeit auf scharfe kritik gestoßen waren, in einer für diese öffentlichkeit kontrollierbaren, gerichtsförmigen und rechtsstaatlichen verfahren nachgeprüft werden.

Die gesamten kammergerichtsbeschlüsse verletzen ihrerseits recht und gesetz in mehrfacher hinsicht, die betroffenen haben deshalb über ihre anwälte dagegen „gegenvorstellungen" eingelegt. Insbesondere wird darin gerügt, daß das kammergericht das recht auf rechtliches gehör sowie seine gesetzliche ausklärungspflicht (amtsermittlungsmaxime) verletzt hat. Dieses bild verletzter rechtsstaatlichkeit wird vervollständigt durch die tatsache, daß der amtierende präsident des kammergerichts gegen den sprecher des verteidigungskomitees, den rechtsreferendar Widmer, die disziplinarstrafe „verweis" verhängen will, weil dieser gegenüber der presse die beanstandeten fahndungsmaßnahmen als „organisierten rechtsbruch" bezeichnet hatte. Auch in diesem disziplinarverfahren weigert sich das kammergericht entgegen seinem gesetzlichen auftrag, der amtlichen aufklärungspflicht nachzukommen, insbesondere – wie von den betroffenen beantragt – die verantwortlichen beamten der politischen staatsanwaltschaft verantwortlich zu vernehmen.

Das erschreckende bild wird abgerundet durch die dienstaufsichtsbeschwerde, die der generalstaatsanwalt gegen einen richter am verwaltungsgericht eingelegt hat, der es gewagt hatte, das rechtswidrige vorgehen der politischen staatsanwaltschaft als ein solches in der öffentlichkeit zu bezeichnen. Darüberhinaus hat inzwischen dieselbe politische staatsanwaltschaft, die gegenstand der ermittlungen sein sollte, gegen den rechtsanwalt Gronheit, der durch eine strafanzeige die neuerlichen rechtswidrigen fahndungsmaßnahmen publik gemacht hatte, ein ermittlungsverfahren wegen „falscher anschuldigung" eingeleitet.

Inzwischen hat sich herausgestellt, daß objekte und durchführung des einsatzes am 5.3.75 bis ins einzelne von der politischen staatsanwaltschaft bestimmt waren, derselben staatsanwaltschaft, die noch monate später in der bekannten rechtswidrigen weise z.b. das anwesenheitsrecht des wohnungsinhabers bei durchsuchungen (§ 106 StPO) beschneiden will.

Es ist das dieselbe politische staatsanwaltschaft, die z.b. in den noch anstehenden ermittlungsverfahren aufgrund von strafanzeigen betroffener unbekümmert gegen sich selbst ermittelt. Entgegen der ansicht dieser staatsanwaltschaft geht es in diesen verfahren nicht nur um individuelles fehlverhalten einzelner, untergeordneter polizeibeamter.

Der bekannte strafrechtler prof. Blei hat öffentlich zu recht klargestellt, daß staatsanwälte, die wie in den genannten fällen die Berliner politische staatsanwaltschaft, mit den rechten des bürgers umspringen will, fehl am platze sind.

Es ist zu fragen, ob dies nicht auch für das kammergericht gilt, das mit den genannten beschlüssen den rechtsschutz gegenüber rechtswidrigem vorgehen der politischen staatsanwaltschaft verweigert.

Umsomehr bleibt die demokratische öffentlichkeit aufgerufen, da, wo der rechtsstaat zu versagen droht, die freiheit gegenüber dem vorurteil der justiz und der obermacht der staatsgewalt zu verteidigen.

Die betroffenen schließlich, die – zum teil völlig vermögenslos (schüler, lehrlinge, studenten) – auch noch die gerichtskosten ihrer im vertrauen auf rechtsstaatliche kontrollen eingelegten anträge tragen sollen, sind darüberhinaus auch auf spenden zur deckung dieser kosten angewiesen.

Spendenkonto: Rep. Club wegen verteidigungskomitee, Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, kontonummer 100 47043 00; Kontaktadresse: verteidigungskomitee c/o rechtsanwälte Goy, Grönheit, dr. Ziegler, 1 Berlin 61, Hasenheide 12, Tel.: 030/691 20 92.

## REPRESSION IN KASSEL

Kassel (ID) 15.Okt. Vor einer Woche, am 8.Oktober, wurden in Kassel drei Wohnungen durchsucht.Die Durchsuchungen führten: Beamte des BKA, Abt. Terrorismus, Matull leitender Beamter, KOK Breitbart, KKA Lützelberger, sicherungsgruppe Bonn, politische polizei Kassel und 2 bundesanwälte (Bieger) durch. Als begründung für die groß aufgemachte aktion dienten aussagen von DIETER HARTMANN, der im herbst 1974 bei der aktion "Winterreise" verhaftet wurde. Im verlauf der ermittlungen verleumdete und denunzierte Dieter Hartmann offenbar alle personen, die er über Rote-Hilfe-Kontakte kennengelernt hatte. Es ist damit zu rechnen, daß weitere personen, die Dieter Hartmann kannte, von den staatsschutzorganen beehrt werden.

Die durchsuchungen der wohnungen basierten auf drei durchsuchungsbefehlen der generalbundesanwaltschaft. Die staatsschützer warteten deshalb mit großem aufgebot auf. Dabei wurden die wohnungen mit einem äußeren und inneren absperring maschinenpistolenbewehrter beamter versehen. Bei der außerordentlich sorgfältigen durchsuchung ( 3-5 std. dauer) wurden hauptsächlich Schriftmaterial, wie adressen, briefe etc. sowie eine druckmaschine und ein kopiergerät beschlagnahmt.

Die wohnungsinhaber und deren freunde/innen wurden genötigt, zur erkennungsdienstlichen behandlung mitzukommen, obwohl sich alle ausweisen konnten – keine haftbefehle vorlagen.

Anschließend wurden alle verhört In den durchsuchungsbefehlen wurden zwei personen als zeugen im ermittlungsverfahren gegen Dieter Hartmann benannt Gegen einen der betroffenen war der durchsuchungsbefehl wegen verdachts des § 129 ausgestellt

Zwei in den wohnungen anwesende personen wurden ohne begründung mitgenommen Im verlauf der verhöre wurden die zwei als zeugen und zwei ohne begrundung mitgenommenen personen ebenfalls des § 129 beschuldigt

Zu Dieter Hartmann schreibt das "Kollektiv Rote Hilfe München" "Am 8 Oktober startete die generalbundesanwaltschaft in verbindung mit der sicherungsgruppe Bonn in mehreren städten und ortschaften der BRD hausdurchsuchungen , um neue "kriminelle vereinigungen" auszuheben, die u a kontakt zu Angela Luther und Siegfried Haag hätten

Bei dieser aktion wurden nicht nur ein oder zwei leute vorübergehend festgenommen, sondern mindestens 10

Dem ganzen liegt eine rund 500seitige aussage, datiert um den mai 75, von Dieter Hartmann zugrunde, der bei der "Winterreise" in Würzburg verhaftet wurde und danach auf fahndungsplakaten der RAF erschien

Dieter Hartmann arbeitet mit der Sicherungsgruppe Bonn/abt terrorismus zusammen (Privilegien zur zeit telefonieren aus dem knast, aufsuchen von leuten, wo er angeblich früher war, in begleitung von polizei, rechtsstudium an der universität Berlin aufgrund eines abiturs eines solinger erwachsenenbildungsinstituts, das er während seiner knastzeit in Kassel abgelegt haben soll )

In seiner eigenschaft als spitzel belastet er mit einer blühenden fantasie unzählige leute "

## UNIVERSITÄT WEGEN BOMBENDROHUNG GESCHLOSSEN

Am Donnerstagnachmittag ging bei einem Hausmeister der GHK (gesamthochschule Kassel ) eine bombendrohung für das AVZ (gebaude in dem lehrerstudenten sowie sozialpädagogik/sozialarbeit studenten ihr studium fristen) ein. Es wurde geräumt und bis montag morgen geschlossen. Einiges daran ist bemerkenswert

1 es wurde bis montag morgen geschlossen, war aber schon ab donnerstag abend auf eigene gefahr hin zu betreten. Was geschah in dem gebäude bis montag morgen ?

2 am frühen morgen des Freitag hatte beim hausmeister sich ein team des BR (bayrischen rundfunks) einlaß verschafft, um im AVZ zu filmen. Als sich nach einiger zeit der hausmeister wunderte, daß die nicht mehr rauskamen, hat er sie gesucht und nicht mehr gefunden.

3 in sämtlichen zeitungen sowie rundfunk und fernsehsendungen kein wort über die schließung einer bundesdeutschen universität für dreieinhalb tage auf grund einerbombendrohung. Die Hessisch Niedersächsische Allgemeine betonte auf anfrage, daß solche meldungen nicht gebracht würden, um nachahmungstäter zu vermeiden.

## SOLIDARITÄT MIT DEM REFORMKINDERGARTEN

Vor 2 Jahren wurde von studenten in zusammenarbeit mit dem studentenwerk und hochschullehrern der reformkindergarten gesamthochschule Kassel e.v. gegründet

Praktiziert wurde außer der unterbringung von studentenkindern während des semesterbetriebes eine alternativerziehung mit modellcharakter in kleinen kindergruppen. Eng mit der Hochschule verbunden wurden erfahrungen der praxis im umgang mit kindern, in lehrveranstaltungen aufgearbeitet. Soziologen, pädagogen und psychologen nahmen speziell an theorie- und praxisarbeitsgemeinschaften der eltern teil. Im reformkindergarten konnten projektstudium, vorpraktika und jahrespraktika abgeleistet werden.

DIESEM REFORMKINDERGARTEN WURDE NUN MIT WIRKUNG VOM 1 10 1975 DIE EXISTENZGRUNDLAGE ENTZOGEN

Vor zwei jahren stellte uns die stadt die baracke brasselsbergstr 8 zur unterbringung des kindergartens zur verfügung, weil der kindergarten 40 dringend benötigte kindergartenplätze schuf, wurde über bauliche mängel der baracke von seiten der stadt großzügig hinweg, gesehen Inzwischen ist das angebot von kindergartenplätzen derartig gestiegen, daß die stadt keinerlei interesse mehr an der stützung des reformkindergartens zeigt Die zunächst genehmigten mängel der baracke lieferten nun aufgrund von gutachten baupolizeilicher behörden den vorwand, die benutzung der baracke bis zum herbst 75 zu begrenzen

Durch (gewollte) unakzeptierte alternativvorschläge zur unterbringung des kindergartens versuchte die stadt, sich ein alibi zu verschaffen, uns aus der baracke zu werfen Am 23.9 wurde dem verein die nutzung der baracke gekündigt und die räumung bis zum 1 Okt 75 verlangt (7 Tage !) Kompromißvorschläge des vereins, eine weiterführung des kindergartens über den 1 )ktober 75 hinaus zu ermöglichen, blieben ungehört Statt mit uns über einen kompromiß zu verhandeln, ließ uns die stadt vor zwei tagen den strom abdrehen und die zähler herausreißen, was einer zwangsräumung gleichkommt, da wir bis dahin elektirisch geheizt haben Da wir nicht bereit sind, mit der räumung der baracke das projekt reformkindergarten sterben zu lassen und uns dem druck der stadt Kassel zu beugen, besetzen wir die alte cafeteria im AVZ zur provisorischen aufrechterhaltung des kindergartenbetriebs solange, bis die stadt Kassel, gesamthochschule und studentenwerk eine für uns akzeptable unterbringung ermöglichen, die eine kontinuierliche arbeit mit kindern gewährleistet

## Karl-Heinz Roth in vernichtungshaft

Der gefangene Karl-Heinz Roth ist nach erneutem auftreten von koliken vom krankenhaus in Köln wieder in die chirurgische gefängnisklinik der JVA Düsseldorf verlegt worden Er liegt auf der wachstation und wird künstlich ernährt Laut auskunft der ärzte werden seine darmbeschwerden „konservativ behandelt"

Zur zeit wird eine unterstützungskampagne zur verbesserung der haftbedingungen Roths vorbereitet Wir werden weiterhin davon berichten, im folgenden drucken wir die vorgeschichte und informationen zur medizinischen versorgung Karl-Heinz Roths

Köln (ID) 14 Oktober Am 9 September 1975 um 1.50 uhr wurde auf einem parkplatz in Köln Gremberg Werner Sauber von polizisten erschossen Karl-Heinz Roth wurde durch brust- und bauchschüsse schwer verletzt, Roland Otto wurde festgenommen Ebenfalls getötet wurde ein polizist, ein weiterer wurde verletzt

Laut haftbefehl sollen Karl-Heinz Roth und Roland Otto unter anderem vollendeter und versuchter mord zur last gelegt werden Kurze zeit nach diesem ereignis verhängte die polizei eine absolute nachrichtensperre, die sich sowohl auf die einzelheiten des tathergangs als auch auf die prozessualen absichten bezieht Sie ist bis heute nicht aufgehoben worden Diese politik der bundesstaatsanwaltschaft zwingt uns, vorläufig keine detaillierte stellungnahme zum tathergang abzugeben Nicht länger jedoch wollen wir zu den haftbedingungen schweigen von anfang an sitzen auch diese genossen in strenger isolationshaft, sie erhalten weder zeitungen noch bücher noch ein radio, briefe werden nur verzögert und nach zensur vereinzelt durchgelassen

Am 7. August 75 wurde Karl-Heinz Roth erneut im

krankenhaus Bergmannsheil in Bochum am darm operiert. Als spätfolge der schußverletzungen hatte sich ein lebensgefährlicher darmverschluß gebildet. Nach der operation lag Karl-Heinz Roth auf der intensivstation, die tür zu seinem krankenzimmer war 24 stunden lang geöffnet. Vor der tür standen ständig zwei kriminalbeamte, sie unterhielten sich auch nachts laut miteinander und spielten mit ihren zum teil entsicherten maschinenpistolen. Dies sollte Karl-Heinz offensichtlich beunruhigen und verängstigen. Regelmäßig patrouillierten die bullen mit geschulterten maschinenpistolen durch das krankenzimmer und versuchten ihn zu verhören. Ihren besonderen sadistischen spaß fanden die bullen darin, immer dann ins krankenzimmer zu kommen, wenn Karl-Heinz gewaschen wurde oder einläufe gemacht wurden. Sie grinsten. Auch das wurde vom ärztlichen personal geduldet.

Wenn auch diese maßnahmen den bisher gemeinsten und zynischsten ausdruck staatlicher gewalt gegenüber Karl-Heinz darstellen: wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß sein leben seit dem vorfall in Köln-Gremberg stä̈dig in gefahr ist.

So sollte Karl-Heinz auf betreiben der bundesstaatsanwaltschaft bereits am vierten tag vom krankenhaus Holweide in ein knastkrankenhaus verlegt werden. Das hätte aufgrund seiner schweren darmverletzungen seinen sicheren tod bedeutet. Nur dem sträuben der ärzte ist es zu verdanken, daß er diesem todesurteil bislang entging.

Diesmal hat Karl-Heinz Roth sein leben auch noch der tatsache zu verdanken, daß er die fachliche qualifikation zur selbstdiagnose besitzt, weil er arzt ist. Wieviele menschen sind schon aufgrund mangelnder oder zu später ärztlicher versorgung im knast gestorben? Die praktiken der behandlung im knast sind durch fälle wie Katharina Hammerschmidt hinlänglich bekannt.

Es kommt für Karl-Heinz vor allen dingen darauf an, daß eine seinem gesundheitszustand entsprechende medizinische diagnostik und nachbehandlung begonnen wird. Darum ist es unsere aufgabe, wachsam zu sein, aufzupassen, daß die optimalen heilungsbedingungen durchgesetzt werden.

Für Karl-Heinz Roth: Briefadresse: Amtsgericht Köln, 205 Gs 1251/75 zur Weiterleitung an Karl-Heinz Roth, JVA Köln, 5 Köln 1, Appellhofplatz 1
und die durchschrift des besuchsantrages an: Rechtsanwaltsbüro Günnemann/Jacobi/Reinhard, 2 Hamburg 19, Heußweg 35
Spendenkonto Roth: Hamburger Sparkasse Kontonummer 1238/495590 Kennwort: Spendenkonto Roth

Für Roland Otto: Briefadresse: Amtsgericht Köln, 205 Gs 1250/75 zur Weiterleitung an Roland Otto, JVA Köln-Ossendorf, 5 Köln 1, Appellhofplatz 1
und die durchschrift des besuchsantrages an: Rechtsanwalt Niepel, 8 München 40, Nikolaistr. 15
Spendenkonto Otto: Bayrische Vereinsbank München, Kontonummer 856 648: Reingard Jäckl

## Informationen zu den haftbedingungen von Karl-Heinz Roth

Alleinzuständig für die entscheidung über fragen und bedingungen der untersuchungshaft ist nach (noch? ) geltendem recht der haftrichter, in diesem fall richter Maudt am amtsgericht Köln; d.h. die ermittlungsbehörde (die bundesstaatsanwaltschaft) hat in dieser hinsicht keine eigenen kompetenzen. Auch in diesem fall hat die bundesanwaltschaft die entscheidungsbefugnis praktisch an sich gerissen und den haftrichter zu ihrem vollzugsorgan gemacht. So wurde einem verteidiger allein auf einspruch der bundesanwaltschaft hin der zutritt zu Karl-Heinz Roth verweigert, obwohl eine gültige sprecherlaubnis des haftrichters vorlag. In wichtigen fragen, die die haftbedingungen betreffen wie besuchserlaubnis, bücherauswahl, ausmaß der isolation, ja oder nein einer medizinischen versorgung etc. holt der haftrichter vorher die stellungnahme der bundesanwaltschaft ein und entscheidet praktisch immer entsprechend den interessen der strafverfolgungsbehörde.

Hier ist ein prozeß der übernahme richterlicher kompetenzen durch die exekutive im gange, der einen der tragenden verfassungsgrundsätze, die teilung der gewalten, auf einem wichtigen gebiet außerkraftsetzt. So liegt der verdacht nahe, daß richterliche entscheidungen über anordnung von haftbedingungen sich nicht nach den in § 119 StPO genannten gesetzlichen gründen (zweck der u-haft, wie flucht- oder verdunkelungsgefahr, anstaltsordnung) richten, sondern direkt ziele und strategien von bundesanwaltschaft und polizei verfolgen. Dadurch verliert der gefangene häufig den letzten schutz gegen die willkür der verfolgungsbehörden.

Zur isolationsstrategie der bundesanwaltschaft gehört es, daß der verlobten von Karl-Heinz Roth immer noch die besuchserlaubnis verweigert wird, obwohl er zweimal in lebensgefahr schwebte. Der antrag wurde mit der pauschalen begründung abgelehnt, daß "in einer bisher kaum bekannten art und weise nicht nur die betreffenden beschuldigten, sondern auch die personen, mit denen diese mit engsten kontakt stehen und standen, alles daran setzen und keine mittel scheuen, um die aufklärung ihrer straftaten zu verhindern oder doch zu erschweren. Es hat sich ferner gezeigt, daß solche verdunkelungen in besonderem maße, wenn nicht sogar ausschließlich von besuchen bei den beschuldigten abhängig sind und bei solchen anlässen geplant und durchgeführt werden. Es muß daher in diesen fällen das besuchsrecht auf ein äußerstes maß beschränkt bleiben."

Die ablehnung des besuchsantrages mit der begründung "verdunkelungsgefahr" ist absurd und reine schikane, da ein besuch nur 15 minuten dauert und in der regel von mindestens vier beamten überwacht wird. Bei einem besuch eines bundesstaatsanwaltes im knast scheute sich dieser gegenüber Karl-Heinz nicht, eine besuchserlaubnis für seine verlobte bei einer bereitwilligkeit zur mitarbeit in aussicht zu stellen.

Wichtiger bestandteil der totalen isolierung von Karl-Heinz Roth ist die tatsache, daß er bis heute keine bücher von außen (vier bücher sind seit dem 3.10.75 genehmigt, aber unseres wissens noch nicht zugesandt) und in den ersten vier monaten auch keinerlei zeitungen oder zeitschriften erhalten hat. Anträge und buchsendungen wurden trotz zusicherung gegenüber den anwälten immer wieder verschleppt, den verteidigern wurden wahrheitswidrige auskünfte über den zugang der bücher an den beschuldigten gegeben. Schließlich wurden die bücher, die nach aussagen der justizvollzugsbehörde bereits auf dem wege zum beschuldigten sein sollten, zufällig in den regalen des amtsgerichts gefunden. Die verteidigung mußte diese persönlich in die justizvollzugsanstalt bringen, ob sie bei Karl-Heinz Roth gelandet sind, ist jedoch weiter unsicher.

Die benutzung einer schreibmaschine wurde mit der hämischen begründung verweigert, daß eine schreibmaschine "schlechthin als waffe gegen aufsichtsbeamte verwendung finden und aus ihren einzelteilen gefährliche werkzeuge angefertigt werden können."

Der briefkontakt zu Karl-Heinz Roth wird dadurch erschwert, daß briefe in beiden richtungen mit mindestens vierwöchiger verzögerung übermittelt werden. Alle briefe, in denen Karl-Heinz seine haftbedingungen schildert, werden ihm ohne begründung zurückgegeben. Auch der

kontakt zu seinen verlegern wird erschwert. Mit diesen maßnahmen sollen Karl-Heinz die letzten kommunikationsmöglichkeiten nach außen genommen werden.

## informationen zur medizinischen versorgung von Karl-Heinz Roth

Bei seiner festnahme erlitt Karl-Heinz Roth neben schweren hundebißverletzungen und einer glassplitterverletzung eines auges zwei schwere schußverletzungen:

1. einen schrägdurchschuß durch den linken oberen lungenlappen,
2. einen bauchdurchschuß, wobei große teile des linken Retroperitoneums (hinter dem bauchfell gelegene anteile) und teile des gekröses zerfetzt wurden.

Er hatte einen schweren schock mit zentralisation des blutkreislaufes, d.h. die peripheren körperteile wie arm, bein und vor allem der kopf werden nicht mehr durchblutet.

Die erstversorgung im krankenhaus Köln-Hohweide war deshalb die behandlung der schocksituation, danach das anlegen einer brustraum-saugdrainage (Monaldidrain) und die ausschneidung des unter der haut steckenden projektils vom bauchschuß. Bei einer röntgenaufnahme des bauches war angeblich kein krankhafter befund zu erkennen. Also wurde nun die bauchverletzung nicht weiter ernst genommen – erst nach mehr als acht stunden, nachdem sich eine bauchfellentzündung (Peritonitis) längst in schwerster form ausgebreitet hatte, wurden in einer operation die bauchverletzungen (Läsionen) übernäht. Nach der operation gaben die ärzte die auskunft: "da drinnen sah alles wüst aus". Das geschoß war im zick-zack durch den unterleib geschlagen. Eine derart schwere bauchverletzung hätte sicher früher erkannt und behandelt werden können.

Bereits drei tage nach der operation bildete sich wahrscheinlich ein magengeschwür (Strafuleum); dies deutet darauf hin, welchen ängsten ums bloße überleben und welchen aufregungen Karl-Heinz seit der ersten zeit ausgesetzt war.

Entgegen der medizinischen regel wurden am 6. und 7. tag nach der operation magensonde und brustraumdrainage entfernt, ebenso die bauchraumdrainage, woraufhin Karl-Heinz per hubschrauber in die chirurgische gefängnisklinik Düsseldorf verlegt wurde. Diese verlegung war mit einem hohen risiko belastet: gerade mit der zweiten woche beginnt die kritische zeit für die bauchnähte, deren auflösung wurde bewußt riskiert.

In Düsseldorf mußte Karl-Heinz erste bewegungs- und atemübungen in eigener regie durchführen – jeder, der auch nur eine kleine operation am bauch mitgemacht hat, weiß, welche willenskraft dazu gehört.

Offenbar war in Hohweide obendrein die br ust drainage zu früh entfernt worden (um die verlegung zu forcieren? ), ein blutiger erguß, der als beginnende, zur heilung gehörende verschwartung mißdeutet wurde, mußte über drei wochen lang regelmäßig punktiert werden. Die vitalkapazität der lunge, d.h. ihr funktioneller belüftungsgrad, wurde nicht ein einziges mal kontrolliert.

Erst nach fünf bis sechs wochen wurde mit der "vollmobilisierung" (gehen im gang des gefängniskrankenhauses) begonnen – nach einer derart schweren Peritonitis (bauchfellentzündung) und einer großen bauchoperation ist es also kein wunder, daß sich fingerdicke verwachsungsstränge und flächige verwachsungen der darmschlingen ausbildeten, die zum späteren darmverschluß (Ileus) führten. Seit der operation litt Karl-Heinz ständig unter verstopfungen – mit ständigen, bisweilen kolikartigen schmerzen – und unter orthostatischen kreislaufbeschwerden (blutdruckabfall beim aufstehen bis zum kollaps) mit blutdruckwerten nach geringer belastung von 80/40 mmHg. Die medikamentöse behandlung blieb erfolglos und ist medizinisch bei nicht geklärter diagnose mehr als zweifelhaft. In dieser zeit verlor er 20 kg gewicht, er wog nur noch 75 kg bei 1,92 m körpergröße.

Trotzdem wurde er nach acht wochen in die JVA Köln–Ossendorf gebracht, wo sich zwar der blutdruck etwas besserte, die schmerzhaften verstopfungen aber anhielten.

Am frühabend des 6.8.75 stellten sich kolikartige schmerzen im mittelbauch und unstillbares erbrechen ein. In der folgenden nacht wurde der transport nach Köln-Hohweide vorgenommen. Der oberarzt, der Karl-Heinz Roth operiert hatte, diagnostizierte eine sogenannte "Nihilitis", er meine, Karl-Heinz simuliere und veranlaßte den rücktransport nach Ossendorf. Das verhalten dieses arztes, der um den zustand in Roths bauch am besten wissen mußte, legt den verdacht einer vorsätzlichen körperverletzung nahe. Der oberarzt verzichtete auf eine weitere verlaufsbeobachtung und setzte seinen patienten dadurch der akuten lebensgefahr aus und verschlechterte die prognose erheblich.

Zurück in Ossendorf stellte der JVA-arzt nach weiteren erbrechen die diagnose "Gastroenteritis" (Entzündung im magen-darm-bereich). Karl-Heinz selber diagnostizierte einen Ulcus-durchbruch oder darmverschluß. Erst am abend des 7.8. wurde er dann gegen seinen willen und widerstand in die internistische gefängnisklinik Bochum gebracht. Er selbst hatte die einweisung in eine chirurgische klinik verlangt. In Bochum wurde dann die richtige diagnose "Ileus" gestellt, worauf er in das krankenhaus Bergmannsheil verlegt und dort nach einer röntgenaufnahme sofort operiert wurde (resektion eines darmteiles und end-zu-end-Anastonose). Die verzögerung der operation um mindestens 15 stunden stellte eine schwere lebensgefährdung dar.

Schon während der aufwachphase aus der narkose wurde Karl-Heinz von polizisten mit fragen und drohungen bedrängt und gequält. Anschließend schlenderten ständig polizisten mit ihren maschinenpistolen im krankenzimmer umher. Besonders bei stuhlgang, waschungen oder einläufen waren sie mit schlechten witzen und höhnischem grinsen zur stelle.

Der oberarzt Fallesen, der dies zugelassen hat, hat dadurch die chancen zur komplikationslosen heilung zunichte gemacht. Gerade nach eingriffen im bauchraum ist äußerste ruhe voraussetzung für die heilung.

Trotz des schlechten allgemeinzustandes (zu niedriger blutdruck, gewichtsverlust etc.) wurde Karl-Heinz am achten tag nach der operation in die internistische gefängnisklinik zurückverlegt (transport mit jetzt noch ausgedehnteren bauchnähten). Außerdem bedeutete die verlegung in eine internistische abteilung, daß im falle eines erneuten darmverschlusses (beim Ileus besteht eine besonders hohe rezidivgefahr), keine chirurgische hilfe bereitgestanden hätte. Dies muß als erneute schwere bedrohung für sein leben gewertet werden. In der internistischen gefängnisklinik wurde die in Bergmannsheil begonnene krankengymnastik völlig abgebrochen. Obwohl sich deutlich ernährungsmangelsymptome zeigten, wie büschelweiser haarausfall, fehlende gewichtszunahme, anhaltende verstopfung, wurden keine internistischen untersuchungen und keine entsprechende ernährung (substitution) durchgeführt. Nach vier wochen wurde Karl-Heinz in die JVA-zelle, in die isolationshaft zurücktransportiert.

Seit der zweiten operation bestehen wahrscheinlich drei leiden: 1. weitere einklemmung des darmes mit ständiger gefahr eines erneuten darmverschlusses. 2. schwere er-

nährungsmangelstörung (malabsorptionssyndrom), da der darm die fehlenden teile funktionell nicht ausreichend ausgleichen kann, weitere darmkoliken, verstopfungen und haarausfall. 3. weiter ein niedriger und nicht stabiler blutdruck mit schwindelanfällen und kollapsneigung, eventuell auch bedingt durch eine funktionelle einschränkung der lungentätigkeit. Diese primär organischen symptome werden überlagert von den folgen der totalen isolation in der zelle und des ständigen stresses wegen der ständigen gefahr eines erneuten darmverschlusses, die Karl Heinz als arzt sehr wohl einzuschätzen weiß, und wegen der repressalien in der JVA (ständige beleuchtung, ständige kontrollen, fast totale reizabschirmung und betätigungsverbot etc.). Aufgrund der dramatischen krankheitssituation kommen die symptome extremer isolation übermäßig schnell zum tragen.

Wir müssen betonen, daß Karl-Heinz Roth sein leben nur zwei tatsachen zu verdanken hat: seiner bärennatur und seinen fähigkeiten zur selbstdiagnose. Seine medizinische behandlung ist jedenfalls eine kette ständiger unterlassungen.

Wenn die medizinische versorgung weiterhin verschleppt wird und die isolationshaft nicht aufgehoben wird, ist zu befürchten, daß die gesamtprognose sich erheblich verschlechtert. In unmittelbarer zukunft wäre daher eine umfassende diagnostik der bauch- und kreislaufbeschwerden dringend erforderlich. Ständige provokationen der wachmannschaften würden jedoch eine erfolgreiche untersuchung und behandlung gefährden. Ein operativer eingriff hätte dann wenig sinn, wenn Karl-Heinz anschließend nicht die chance hätte, sich auch nur halbwegs zu erholen.

Unter diesen umständen muß Karl-Heinz eine eventuell notwendig werdende operation fürchten, da er sogar im krankenzimmer der unmittelbaren konfrontation mit der polizei ausgesetzt ist und auf keine adäquate und ausreichende nachbehandlung hoffen kann.

Wenn wir uns nicht dafür einsetzen, daß Karl-Heinz Roth die notwendige medizinische versorgung erhält und seine isolationshaft aufgehoben wird, dann wird die justiz einen weiteren fall Katharina Hammerschmidt geschaffen haben.

## repression nach gerichtsurteil

Wannweil (ID) 24. September — Der versuch, den griechischen antifaschisten Thakis Boyakos endlich "kleinzukriegen", ist mit dem Teutlinger urteil (siehe ID nr. 87) noch lange nicht abgeschlossen. Sah sich doch richter Dubbers dazu erkoren, Boyakos mit der ausweisung zu bedrohen und die prozeßunterlagen an die ausländerbehörde weiterzugeben. Auch das landratsamt wurde aktiv und zitierte Boyakos in seine hallen: er sei sich doch wohl im klaren darüber, daß dieser prozeß nicht gut für seinen aufenthalt in der BRD sei. Da Boyakos jedoch mit einer deutschen frau verheiratet ist und ihre kinder sowohl die deutsche als auch die griechische staatsangehörigkeit haben, kann er zunächst nicht ausgewiesen werden.

Aber es gibt noch andere methoden. Griechische faschisten besannen sich darauf, daß Boyakos unter bewährung steht. Sie zogen also in seine kneipe, beschimpften ihn – teilweise mit deutscher unterstützung – als kommunistenschwein u.ä. und wollten ihn in handgreiflichkeiten verwickeln. Die folgen sind klar – im zweifelsfall zuungunsten des angeklagten, der dann endlich als wiederholungstäter verurteilt werden könnte (siehe sinngemäße äußerung von richter Dubbers in ID 87).

Doch damit nicht genug, die firma Schwabenbräu, bierlieferant und vertragspartnerin in Thaki's kneipe, kündigte mit dem argument des vertragsbruchs kurzerhand den pachtvertrag mit Thakis Boyakos. Seinen widerstand versuchten sie durch juristisch nicht haltbare hohe regreßforderungen zu brechen. Laut Boyakos dazu der kommentar eines brauereivertreters: "mit ihnen wollen wir keine zusammenarbeit mehr. Sie sind politisch nicht o.k."

## neuer prozeß der chilenischen junta

Frankfurt (ID) 13. Oktober — Im folgenden fassen wir eine information der „international comission of enquiry into the crimes of the military junta in Chile" zusammen. Sie wurde am 10. Oktober 1975 in Helsinki veröffentlicht. Die information soll aus „zuverlässiger quelle" stammen und deckt sich zum großen teil mit unsererm bisherigen informationen.

Der ankläger im prozeß „gegen Corvalan und andere", marinekapitän Sasso, hat die anklage dem chefkommandierenden der marinezone von Valparaiso, viceadmiral Justiniano, übergeben und ihn gebeten, ein militärgericht zusammenzurufen. Nach der entscheidung von Justiniano, das gericht zusammengerufen, werden die verteidiger das recht haben, die angeklagten kennzulernen. Die anklage bezieht sich auf den „kriegszustand" (was gegenüber dem friedenszustand die möglichkeiten der verteidigung einschränkt).

Der ankläger hat vor, für Corvalan wegen „subversiven aktionen" zwei mal lebenslänglich haft und wegen „kleinerer delikte" 97 jahre haft zu fordern.

Es sind drei prozesse in vorbereitung: wegen „subversiver aktivitäten" sind angeklagt Luis Corvalan (KP), Andres Sepulveda (SP), Pedro Felipe Ramirez (christliche linke), Daniel Vergara (KP), Jorge Montes (KP), Alejandro Jiliberto (SP, bereits des landes verwiesen), José Cademartori (KP), Sergio Vuskovic (KP), Samuel Riquelme (KP, des landes verwiesen), Eric Schnake (PS), wegen „kleinerer delikte" Alfredo Joignant (SP), Anibal Palma (RP), Max Marambio (des landes verwiesen), Daniel Vergara (KP), Oswaldo Puccio (des landes verwiesen) und 15 andere. Ein dritter prozeß wegen „verrats", über den keine einzelheiten bekannt sind.

Offenbar soll hier ein repräsentativer querschnitt der volksfrontregierung präsident Allendes angeklagt werden. Einige der angeklagten wurden bereits freigelassen, nur um gleich darauf vor das marinegericht in Valparaiso gestellt zu werden. Die anklagepunkte sind willkürlich ausgewählt und die möglichkeiten der verteidiger stärker eingeschränkt als im luftwaffenprozeß 1974 (siehe ID nr. 46).

## gegendarstellung: betrifft „linke fragebogenaktion"

Frankfurt — Wir sind eine gruppe, die versucht, den kontakt zwischen alternativen projekten und interessierten personen zu erleichtern. Dazu machen wir ein adreßbuch, dessen meiste adressen aus zeitschriften usw. stammen. Wir veröffentlichen nur selbstdarstellungen. Deshalb m ü s s e n wir zunächst fragebogen verschicken, die allerdings jeder so ausfüllen kann, w i e e r w i l l. Durch den artikel im ID 95, seite 9, „Vorsicht bei ...", fühlen wir uns und andere gruppen schwer behindert, weil er eine bereits vorhandene irrationale angst nur verstärken kann.

Von uns wird niemand zu unbedachten äußerungen aufgefordert, vielmehr weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß man nicht alles ankreuzen muß. Jeder beantworter erklärt sich durch unterschrift mit der veröffentlichung einverstanden.

Wer sich engagiert, muß an die öffentlichkeit gehen; das heißt nicht unbedingt ins adressbuch – aber fragebogen wegzuschmeißen statt sie richtig auszufüllen, ist auch keine alternative.

Wir danken dem ID für den abdruck dieser gegendarstellung.

STUTTGART (ID) NOTIZEN AUS STAMMHEIM - EIN NACHTRAG

Durch den urlaub bedingt ist in der redaktion eine reihe berichte vom Stammheimer prozeß liegengeblieben, deren veröffentlichung wir jetzt und in den beiden kommenden ID's nachholen. Wir beginnen mit den "notizen aus Stammheim" vom 19. august. Es folgen die notizen vom 26./27. august und vom 2./3o. september. Wörtlich wiedergegeben sind nur passagen in anführungszeichen.

Prinzing fragt die angeklagten, ob sie inzwischen eine entscheidung darüber getroffen haben, ob sie sich von prof. Rasch untersuchen lassen wollten.

Baader erklärt dazu: Ich habe eine frage. Bisher ist keine psychiatrische untersuchung vorgenommen worden; wir haben prof. Mende abgelehnt und uns bereiterklärt, mit prof. Rasch zu sprechen. Jetzt steht in der zeitung zu lesen, der pressesprecher des oberlandesgerichtes habe mitgeteilt, die psychiatrische untersuchung habe begonnen. Das stimmt jedoch nicht.

Prinzing will nicht darauf eingehen und meint, er habe diese meldung nicht gelesen und er wolle jetzt zur vernehmung zur person kommen.

Plottnitz meldet sich zu wort: Wir haben gedacht, daß heute die sachverständigen gehört werden. Weil das nicht der fall ist und offenbar auch nicht vorgesehen, haben wir den antrag zu stellen, die hauptverhandlung zu unterbrechen, bis die sachverständigen ihr gutachten erstattet haben. Gründe: Die frage der verhandlungsfähigkeit der angeklagten ist von der verteidigung von anfang an zum gegenstand von erörterungen gemacht worden. Die chronologie der ereignisse war folgende: Der senat hat zunächst dr. Henk gehört, der ohne befunde die verhandlungsfähigkeit bejaht hat. Bei dieser vorgehensweise war dem senat wohl nicht ganz wohl, daher hat er prof. Rauschke gehört, der dann die lage vorsichtiger beurteilt und zur endgültigen klärung ein sachverständigengremium vorgeschlagen hat. Er hat schließlich unter vorbehalt gemeint, daß die angeklagten noch drei wochen verhandlungsfähig seien. Der senat hat dann ein sachverständigengremium berufen. Schließlich gibt es noch ein schreiben an den senat von zwei sachverständigen, nach dem ebenfalls noch zwei bis drei wochen verhandlungsfähigkeit angenommen werden könnten. Die sachverständigen hatten sich darauf aufgrund erster befunde am 29.7.75 geeinigt. Zu der zeit waren wesentliche untersuchungen noch nicht durchgeführt. Die drei wochen sind nun heute um. Daraus ergibt sich: Wenn der senat in der vergangenheit bei der fortsetzung der verhandlung gedeckt war durch die erklärung vorläufiger verhandlungsfähigkeit, dann würde dies - wenn weiter verhandelt wird - ab heute nur noch unter der fiktion der verhandlungsfähigkeit geschehen. Wir sind der meinung, daß ohne die endgültigen gutachten in öffentlicher sitzung nicht mehr verhandelt werden darf. Das wäre ein beispielloser vorgang, da sonst bei begründeten zweifeln an der verhandlungsfähigkeit von angeklagten sofort eine klärung herbeigeführt wird.

Wir haben die frage der verhandlungsfähigkeit wieder und wieder angeschnitten. Die frage der verhandlungsfähigkeit muß jetzt endgültig geklärt werden. Solange das nicht geschehen ist, sehe ich mich nicht in der lage, weiterzuverhandeln.

Riedel schließt sich dem antrag an und erklärt, daß er ebenfalls an der verhandlung nicht mehr teilnehmen könne, solange nicht eine endgültige klärung herbeigeführt worden sei.

Heldmann schließt sich ebenfalls an und ergänzt: Es ist unverständlich, daß in den letzten drei wochen nicht mindestens ein EKG der gefangenen aufgenommen wurde. Der sachverständige Rauschke hat am 8.7.75 erklärt, daß die gefangenen noch zwei bis drei wochen verhandlungsfähig seien, sofern das bisherige bild erhalten bleibe. Am selben tag hat Rauschke festgestellt, daß Baader 22 kg untergewicht hat. Am 18.8. wog Baader noch 53 kg - das sind nochmal drei kg weniger. Mein mandant hat heute ein untergewicht von einem halben zentner. Es sind also die voraussetzungen der verhandlungsfähigkeit, die Rauschke aufgestellt hat, schon heute nicht mehr gegeben.

Wir haben ferner wiederholt darauf hingewiesen, daß die scheinbare verhandlungsfähigkeit der angeklagten dadurch erzeugt wird, daß sie täglich mit vier starken medikamenten gedopt werden.

Die verhandlungsfähigkeit ist verfahrensvoraussetzung. Die verteidigung hat von anfang an eingewandt, daß sie nicht vorliegt. Nach zwei sachverständigengutachten (Rauschke und Müller/Schröder) bestehen jedenfalls ab heute zwingende zweifel an der verhandlungsfähigkeit - mindestens für die bisherige verhandlungsdauer. Daraus ergibt sich zwingend eine unterbrechung bis zur ausräumung dieser zweifel. Der grundsatz "im zweifel für den angeklagten" gilt auch für prozeßvoraussetzungen. Das ist zwar nicht unumstritten, jedoch führt bereits einfaches nachdenken zu dieser auffassung: mangelnde verhandlungsfähigkeit führt zu mangelnder verteidigungsfähigkeit - damit ist die frage bereits beantwortet. Es ist schließlich eine einfache prozessuale regel, daß gegen verhandlungsunfähige angeklagte nicht verhandelt werden darf.

Ich möchte noch eine anmerkung hinzufügen: Anders als der senat und die bundesanwaltschaft habe ich mich bisher nicht auf presseveröffentlichungen bezogen. Dennoch sei festgestellt, daß man in der presse zu anderen blickdiagnosen kommt als hier. Schueler in der ZEIT kommt zum beispiel zum ergebnis 'totaler verhandlungsunfähigkeit'. Wie gesagt, ich habe bisher nicht auf die berichterstattung in den medien abgestellt, aber vielleicht ist dieser hinweis hilfreich für den senat.

Becker schließt sich den anträgen an, Schily ebenfalls. Er führt dazu noch aus:

Der senat hat ja den untersuchungsauftrag an die sachverständigen nicht ohne grund vergeben und er hat nicht ohne grund versucht, den zeitraum bis zu endgültigen gutachten mit einer vorläufigen anhörung der sachverständigen und mit dem schreiben von Müller/Schröder zu überbrücken, nachdem drei wochen verhandlungsfähigkeit angenommen werden konnte. Aber alle diese behelfsmittel sind jetzt durch zeitablauf erschöpft. Wenn das aber so ist, dann muß die prozessuale konsequenz lauten: unterbrechung des verfahrens - zumal bestimmte umstände darauf hinweisen, daß sich der gesundheitszustand der gefangenen verschlechtert hat. Schließlich ist das erhebliche untergewicht zum beispiel nicht zu vernachlässigen, das wird jeder praktische arzt bestätigen.

Ich möchte einen eigentlich unzulässigen vergleich ziehen, unzulässig, weil man nicht jemanden, der sich auf freiem fuß befindet, mit jemandem vergleichen kann, der in untersuchungshaft sitzt. Aber ich möchte dennoch fragen, was geschehen würde, wenn ein mitglied des senats einen halben zentner untergewicht hätte. Der senat würde hier die notbremse ziehen. Aber, wie gesagt: der vergleich ist ja unzulässig. Nach dem vorbringen harter fakten kann das gericht nicht über den antrag hinweggehen. Wir müssen auf dem "minimalen mindestrecht" beharren (ich weiß gar nicht mehr, welche verkleinerungsform ich noch wählen kann), die verteidigung kann nur weitergehen, wenn die frage der verhandlungsfähigkeit befriedigend geklärt ist. Auch für meine person ist sonst eine teilnahme an der verhandlung nicht mehr möglich.

Bundesanwalt Wunder beantragt, die anträge zurückzuweisen: von totaler verhandlungsunfähigkeit haben bisher noch nicht einmal die angeklagten selbst gesprochen. Alle vorliegenden gutachten haben die angeklagten für vorerst - bei beibehaltung des bisherigen verhandlungsrhythmus - verhandlungsfähig erklärt. Die zeit kann nicht auf den tag genau abgegrenzt werden. Es ist richtig, daß es sich bisher um eine überbrückung gehandelt hat, aber sie ist noch nicht erschöpft. Die endgültigen gutachten werden bald erstattet werden, heute sind noch keine anzeichen schwerer körperlicher oder seelischer schäden erkennbar. Also kann weiter verhandelt werden. Auf eine eventuelle änderung des verhandlungsrhythmus werden wir keinen einfluß nehmen.

Schily erwidert: Sie haben den versuch der differenzierung zwischen beschränkter und völliger verhandlungsunfähigkeit gemacht. Wie aber wollen sie das ohne gutachter leisten? Durch eine zeitliche abgrenzung? Das hängt doch völlig in der luft. Es hat bereits eine reihe von überbrückungsversuchen gegeben, aber ein sachliches kriterium heute dafür zu finden, wo die grenze liegt, ist ohne gutachten nicht möglich.

Es mag sein, daß die zeit nicht auf den tag genau festgelegt werden kann, aber die sachverständigen haben zeiträume genannt, und davon ist auszugehen. Da kann man nicht eine ausdehnung auf vier, fünf oder sogar sechs wochen vornehmen.

Heldmann: Es kommt nicht auf eine krankheit im organischen sinne an, sondern darauf, ob die leistungsfähigkeit ausreicht, einen solchen hauptverhandlungsturnus wie bisher durchzuhalten. Den angeklagten wird immer wieder vorgeworfen, sie hielten den sachzusammenhang bei ihren erklärungen nicht. Halten sie sich doch einmal vor augen, daß die angeklagten aufgrund ihres zustandes auf manuskripte angewiesen sind und daß sie schwierigkeiten haben, den zusammenhang zu wahren, wenn sie davon abgebracht werden. Das ist eine frage der verteidigungsfähigkeit.

Eine wesentliche rolle für die verhandlungsfähigkeit spielt schließlich die dreijährige isolation der gefangenen. Es sind noch nicht einmal isolationsforscher hier nötig, weil durch die deprivationsforschung in Deutschland bekannt ist, daß isolation die leistungs- und kommunikationsfähigkeit herabsetzt. Es besteht die gefahr des psychischen todes oder - wie René Spitz es ausgedrückt hat - des "psychischen verhungerns". Hier wird darüber einfach hinweggewischt. Tobias Brocher, René Spitz, Anna Freud und andere haben bereits auf diese zusammenhänge hingewiesen. Drei jahre totale isolation, ich wiederhole es, haben dazu geführt, daß die angeklagten unfähig sind, im bisherigen rhythmus zu verhandeln.

Plottnitz: Ein satz von bundesanwalt Wunder ist sehr aufschlußreich: Er hat gesagt, die verhandlung "kann und muß fortgesetzt werden", und wenn man das analysiert, dann heißt das: die verhandlung kann fortgesetzt werden, weil sie es muß. Das mag ein interesse der bundesanwaltschaft sein, ist aber in der strafprozeßordnung nicht enthalten. Nach ablauf der von den sachverständigen genannten drei wochen darf hier nicht mehr verhandelt werden, sonst werden hier die verteidigungsrechte suspendiert.

Heldmann: Der gutachter Müller hat geschrieben, die angeklagten seien noch zwei bis drei wochen verhandlungsfähig. Ich ergänze meinen antrag dahin, daß die unterbrechung sofort dazu benutzt wird, den angeklagten eine intensive behandlung durch ärzte ihres vertrauens zukommen zu lassen, damit sie nicht täglich gedopt werden müssen.

Bundesanwalt Wunder: Wir beantragen die zuziehung eines gefängnis- oder amtsarztes, der die überprüfung der verhandlungsfähigkeit hier in der verhandlung vornimmt.

Plottnitz: Der senat hat vorher bereits gesagt, es sei notwendig, justizunabhängige ärzte hinzuzuziehen. An dieser auffassung ist festzuhalten.

Prinzing: Das stimmt so nicht. Der senat wollte mit justizunabhängigen ärzten nur dem mißtrauen der angeklagten begegnen, von einem 'muß' war nicht die rede.

Schily: Ich schließe mich dem antrag des kollegen Heldmann an. Der antrag dient der wiederherstellung der verhandlungsfähigkeit der angeklagten. Die zuziehung von ärzten des vertrauens ist schließlich auch ein recht der angeklagten, es wird so auch bei anderen - auch bei anderen politischen - gefangenen gemacht.

Prinzing will die sache abschließen: Ich möchte jetzt nur noch die bundesanwaltschaft dazu hören.

Wunder: Wir beantragen, über den zusatzantrag außerhalb der hauptverhandlung zu entscheiden.

Riedel: Ich schließe mich dem zusatzantrag an. Auch bei anderen gerichten, so zum beispiel in Hamburg, wurden vertrauensärzte zugelassen.

Plottnitz: Ich schließe mich diesem antrag ebenfalls an und weise darauf hin, daß es sich bei dem eben erwähnten verfahren in Hamburg nicht um irgendeinen prozeß handelt, sondern um ein ausgesprochenes parallelverfahren, in dem der dr. Stuyvesandt bestellt wurde. Ich beantrage ausdrücklich, herrn dr. Stuyvesandt als arzt des vertrauens für meinen mandanten Raspe zuzulassen.

Es stimmt im übrigen nicht, daß die gefangenen die untersuchung durch ärzte immer ablehnen würden, ich verweise auf dr. Müller und Schröder. Auch das sicherheitsargument trifft nicht, jedenfalls ist nicht anzunehmen, daß das Hamburger gericht weniger auf sicherheit bedacht ist als etwa das Stuttgarter oberlandesgericht.

Baader: Der grund für unsere ablehnung von justizärzten ist die behandlung, der wir von gefängnisärzten unterzogen wurden. Bisher sind die isolationsfolgen bei untersuchungen durch unabhängige ärzte jedesmal festgestellt worden, daher ist auch die bundesanwaltschaft dagegen. Es ist eine infamie, von uns zu verlangen, wir sollten uns von den gefängnisärzten untersuchen lassen, die uns gefoltert haben bei der zwangsernährung (bis zu fünf stunden mit lederriemen an einen tisch gefesselt) und die uns zwangsnarkotisieren wollten. Schon früher hat die bundesanwaltschaft versucht, zwangsnarkosen durchzusetzen. Diese ärzte haben uns während des hungerstreiks das wasser entzogen - als medizinische maßnahme! Diese ärzte wenden KZ-methoden an, die zum tod von Kat Hammerschmidt, Holger Meins und Siegfried Hausner führten. Diese ärzte führen ein wissenschaftliches gehirnwäscheprogramm in Köln durch. Dort hat auch der arzt Götte mitgewirkt, der sich erst für eine änderung der haftbedingungen einsetzte, als sich die haftbedingungen auch als physische zerstörung auswirkten. Ich möchte einige zitate von der strafvollzugsärztekonferenz in München am 27.6.75 bringen. (Anm.: Ich habe die zitate nicht mitschreiben können. Nur eines konnte ich nachträglich wörtlich bekommen.)

Zur zwangsernährung hat ein arzt gesagt, ein unglücksfall, ob gewollt oder ungewollt, könne schon passieren. Gewollt oder ungewollt! Dr. Friedland, leitender medizinaldirektor des justizvollzugsamtes Hamburg, sagte auf der konferenz:

"Es handelt sich hier um angehörige der sogenannten Roten Armee Fraktion, zu deren kampf gegen den rechtsstaat nicht nur bomben gehören, nicht nur maschinenpistolen, sondern auch der hungerstreik, wenn sie in haft kommen. Es ist also eine fortsetzung ihres kampfes gegen den rechtsstaat, den wir auch als beamtete ärzte mitzuvertreten haben. Ich meine auch sagen zu müssen, wenn jemand anderer auffassung sein sollte, hat er meines erachtens als beamteter arzt im dienste des staates nichts zu suchen, und dann muß er die konsequenzen ziehen. Dies ist ein kampf und die fortsetzung eines kampfes, den wir mitzuvertreten haben."

Natürlich möchte die bundesanwaltschaft gerne, daß diese ärzte uns traktieren. Wir machen da nicht mit.

Der senat legt eine 1 1/4 stündige beratungspause ein, in der auch auskünfte von den sachverständigen eingeholt werden sollen.

Um 11.18 uhr geht es weiter. Prinzing verkündet die senatsentscheidung zu den anträgen:

Die verhandlung wird fortgesetzt. Der senat hält an seiner auffassung fest, daß die angeklagten verhandlungsfähig sind. Die bisherigen untersuchungen haben nichts gegenteiliges ergeben. Es ist richtig, daß die genannte zwei- bis drei-wochen-frist zur überbrückung bis zur fortsetzung der untersuchungen dienen sollte. Die untersuchungen werden auch fortgesetzt; morgen wird ein neues ergebnis vorliegen. Der sachverständige Müller hat auf telefonische anfrage bestätigt, daß der heutige tag in die von ihm und seinem kollegen genannte frist noch einbezogen ist. Außerdem ist diese frist von einer durchgehenden verhandlung ausgegangen, tatsächlich aber war die letzte woche verhandlungsfrei.

Daß die untersuchungen bisher nicht abgeschlossen sind, ist schließlich die schuld der angeklagten. Sie haben einmal eine untersuchung verweigert, die EKG-abnahme nicht zugelassen und die psychiatrische untersuchung bisher verweigert. Selbst prof. Rasch wurde bisher im ungewissen gelassen, ob es zu einer untersuchung kommen kann. Wer sich so verhält, zeigt, daß er selbst keine akuten bedenken bezüglich seiner verhandlungsfähigkeit hat.

Der senat möchte keinen zweifel daran lassen - das gehört jetzt nicht mehr zum beschluß -, daß er seine entscheidung unbeeinflußt von der drohung der verteidiger getroffen hat, an der verhandlung nicht mehr teilzunehmen. Es ist aber darauf hinzuweisen, daß es nicht ohne folgen bleiben würde, wenn sich die pflichtverteidiger einer entscheidung des gerichts nicht beugen würden.

Schily: Es gibt doch sicher einen vermerk über das telefongespräch mit Müller? Wir möchten das noch zunächst lesen. Wurde auch der gutachter Schröder gehört?

Prinzing: Müller hat sich vor der auskunft an uns mit Schröder abgesprochen. Die auskunft gilt also für beide.

Schily bittet um sechs minuten pause zur beratung über die entscheidung. Prinzing stimmt zu. Nach der unterbrechung ergreift Heldmann das wort.

Ich möchte eine richtigstellung zu dem senatsbeschluß geben. Die äußerung von Müller entspricht nicht dem brieftext von Müller. Es ist eine gewaltsame interpretation, daß der heutige tag noch gedeckt sei.

2. Der senat hat kein wort zu der frage gesagt, wann die untersuchungen fortgesetzt und wann sie beendet werden sollen. Stattdessen erfolgt ein diktat vom richtertisch: 'Der senat hält daran fest, daß die angeklagten verhandlungsfähig sind.' Wenn das so einfach ist, warum werden dann an die ärzte noch scheinbare rollen verteilt?

3. Es heißt, morgen sei ein weiterer überbrückungsbescheid zu erwarten. Das bedeutet, daß zu beginn des dritten monats die ausräumung des zweifels begonnen wird, ob die angeklagten verhandlungsfähig sind.

4. Es wurde das argument gebracht, die letzte woche sei verhandlungsfrei gewesen und daher nicht in die berechnung der frist einzubeziehen. Tatsache ist jedoch, daß die verteidigung erst durch die beobachtungen in der letzten woche - ich selbst bin am freitag in Stammheim gewesen - zu der auffassung gelangt ist, daß es unverantwortlich wäre, mit der verhandlung fortzufahren. Gerade in der letzten woche hat sich das befinden der gefangenen rapide weiter verschlechtert. Letzte woche erreichte mein mandant Baader ein untergewicht von 5o pfund.

5. Die gefangenen sollen durch ihr verhalten selbst bewirkt haben, daß noch keine untersuchung stattgefunden hat. Diese behauptung ist falsch. Das gespräch am 19.7. war ein kontaktgespräch, bei dem vereinbart wurde, daß die erste untersuchung am 26.7. stattfinden sollte. Das EKG sollte am 29.7. aufgenommen werden, doch haben die ärzte selbst den gefangenen geraten, die untersuchung bis zur rückkehr aus dem urlaub zurückzustellen, da sowieso erst dann eine auswertung stattfinden könne.

Die behauptung, Rasch sei im ungewissen gelassen worden, ist falsch. Die angeklagten haben von anfang an erklärt, daß sie bereit sind, ohne bedingungen mit Rasch zu sprechen.

Ich habe jetzt zu erklären...

Prinzing unterbricht: Nein, es geht jetzt nicht um erklärungen. Jetzt ist kein raum für erklärungen, es geht jetzt nur um eine gegenvorstellung.

Es ergibt sich eine kurze auseinandersetzung über die zulässigkeit und nützlichkeit einer erklärung in diesem prozessualen stadium. Prinzing will unbedingt nur gegenvorstellungen zulassen. Heldmann meint im verlauf der kontroverse unter anspielung auf eine frühere verhandlung, in der Prinzing etwas durch sein verhalten (und nicht, wie üblich und richtig, durch verbale äußerungen) 'erklärt' haben wollte: Soll ich vielleicht

nach ihrem vorbild erklärungen konkludent abgeben? Schließlich nennt Heldmann, um dem senat entgegenzukommen, seine abschließenden bemerkungen 'gegenvorstellung'

Der senat nimmt sehenden auges die verhandlungsunfähigkeit, oder wenigstens die teilweise verhandlungsunfähigkeit, der angeklagten in kauf, nachdem er es unterlassen hat, die haftbedingungen so zu gestalten, daß eine besserung hätte eintreten können. Bis zu der erstattung der gutachten können angeklagte und verteidiger nicht mehr weiterverhandeln. Wir bestehen darauf, daß endlich ärzte des vertrauens zur behandlung der gefangenen zugezogen werden.

Schily erklärt, daß die gefangenen sich keineswegs einer untersuchung entzogen hätten. Auch er halte die nachträgliche fristinterpretation aus dem brief von Müller/Schröder für gewaltsam. Schily fährt fort. Auch morgen werden ergebnisse verläßlicher art nicht vorliegen. Wenn aber die verteidigung ihre aufgaben pflichtgemäß wahrnehmen will, kann sie auf solche ergebnisse nicht verzichten. Daher können wir solange nicht weiterverhandeln, bis die ergebnisse der sachverständigen, mindestens der internisten, vorliegen. Das ist keine drohung, sondern die wahrnehmung der pflicht, nur dann zu verhandeln, wenn ein entsprechender mindestzustand der gefangenen gegeben ist.

Prinzing. Ich habe am telefon gefragt, ob die bisherigen untersuchungsergebnisse gegen unsere auffassung sprechen. Diese frage wurde verneint. Das EKG wird morgen kommen. Vor dem zwischenbescheid sind weitere ergebnisse zu erwarten.

Schily. Die sachverständigen waren doch in urlaub, es können gar keine neuen ergebnisse vorliegen. Jetzt geht es nur um die zeit bis morgen mit einer vorläufigen auswertung. Im übrigen wäre es auch ganz nützlich, wenn die herren gutachter auch hier erscheinen würden, so daß man nicht nur telefonisch mit ihnen verbindung hat.

Prinzing. Ich habe ihnen das nur gesagt, um ihre ankündigungen in den richtigen weg zu lenken. Es gibt schließlich gewisse anforderungen an eine pflichtverteidigung.

Schily. Die anforderung besteht darin, nur zu verteidigen, wenn die mindestvoraussetzungen dafür gegeben sind.

Prinzing. Wir bestehen hier nicht auf den mindestanforderungen, sondern auf den vollen anforderungen.

Schily. Die verhandlungsfähigkeit gehört zum minimum an vorraussetzung. Ohne eine klärung dieser frage werden wir hier nicht mehr teilnehmen können.

Prinzing. Sie müssen dann die konsequenzen tragen.

Plottnitz. Ich schließe mich den anträgen an. Was unsere angebliche drohung betrifft. Wir drohen nicht, wir haben keinen anlaß, uns als eine art winkeladvokaten zu geben und das verfahren zu verschleppen. Seit nunmehr sechs wochen, nämlich seit dem 8.7.75, bestehen manifeste zweifel an der verhandlungsfähigkeit unserer mandanten. Es wäre das normalste der welt, erst nach einer klärung dieses problems weiterzuverhandeln. Statt dessen soll jetzt wieder ein provisorium herhalten und sollen 'zwischenergebnisse' geliefert werden.

Prinzing. Die internisten werden feste ergebnisse bringen.

Plottnitz. Es bleibt die tatsache, daß die verteidigung auf unüberprüfbare telefonische auskünfte angewiesen ist. Das verstößt gegen das unmittelbarkeitsprinzip. Hier wird mit einer fiktion der verhandlungsfähigkeit gearbeitet. Als pflichtverteidiger kann ich nicht an derartigen operationen teilnehmen.

Riedel. Ich schließe mich den anträgen ebenfalls an. Es ist nicht einzusehen, warum mit gewalt weiterverhandelt werden soll, wenn doch morgen bereits ergebnisse vorliegen sollen.

Wunder: Die ausführungen der verteidiger sprechen für sich, wenn es doch nur um einen tag geht. Nach dem telefongespräch des senats ist geklärt, daß es keinerlei zweifel an der verhandlungsfähigkeit gibt. Wir beantragen, die gegenvorstellung zurückzuweisen.

Prinzing: Die verhandlung geht um 14.oo uhr weiter.

Nach der mittagspause verkündet Prinzing den senatsbeschluß:

Die gegenvorstellungen werden zurückgewiesen. Daß die verhandlungsfähigkeit prozeßvoraussetzung ist, versteht sich von selbst. Sie liegt jedoch, wie dargelegt, vor. Diese auffassung stützt sich unter anderem auf die heutige auskunft des sachverständigen dr. Müller, daß jedenfalls heute noch verhandelt werden kann.

Die behauptungen der gegenvorstellung treffen nicht zu. So haben uns die internisten zum beispiel mitgeteilt: Die angeklagten konnten sich nicht dazu entschließen, uns einzelheiten ihrer gesundheitlichen vorgeschichte mitzuteilen und eine körperliche untersuchung zuzulassen. Auch prof. Rauschke sollte nicht stets zugelassen werden. Er teilte mit, daß er seinen auftrag nur ausführen könne, wenn die angeklagten bereit seien, mitzuwirken. Er möchte keinesfalls umsonst kommen. Die verteidiger haben auf diese mitteilung geantwortet, ob eine reise von prof. Rauschke sinn habe, könne erst heute in der sitzung entschieden werden.

Soweit in der gegenvorstellung wieder einmal die behauptung aufgestellt wurde, es handle sich bei der unterbringung der gefangenen um deprivierende haftbedingungen, sei hier auf die entscheidung der menschenrechtskommission auf die beschwerde von Baader und anderen vom 3o.5.75 verwiesen. Dort heißt es zunächst, daß die gefangenen wegen schwerster straftaten einsäßen und nicht wegen ihrer politischen überzeugung und daher keine politischen gefangenen seien. Die vorliegenden haftbeschränkungen seien nach der menschenrechtskonvention zulässige maßnahmen. Es sei auch nicht der anschein einer verletzung der artikel 3, 6, 8 oder 1o der konvention gegeben, daher sei die beschwerde nach artikel 27 absatz 2 der konvention offensichtlich unbegründet und damit unzulässig.

Damit können wir die verhandlung fortsetzen.

Schily. Wann werden die sachverständigen hier sein?

Prinzing. Heute wird eine untersuchung stattfinden. Die ergebnisse werden schriftlich niedergelegt und dann auch an sie gegeben.

Schily. Ich stelle den antrag, mir bekanntzugeben, wann das schriftliche gutachten vorliegt - dann werde ich wieder hier erscheinen.

Plottnitz. Ich ergänze den antrag darauf hin, daß die anhörung der sachverständigen natürlich öffentlich zu erfolgen hat. Auch ich stelle den antrag, mir mitzuteilen, wann es soweit ist, da ich solange, wie hier unter der fiktion einer verhandlungsfähigkeit verhandelt wird, nicht teilnehmen kann.

Prinzing. Ich möchte sie auf die konsequenzen hinweisen. Die verhandlung wird fortgeführt, und bei beharrlicher weigerung der weiteren teilnahme ist die frage der pflichtverteidigung zu überprüfen.

Plottnitz. Eine beharrliche weigerung liegt nicht vor.

Prinzing. Die ärzte haben ausdrücklich erklärt, die gefangenen seien heute noch verhandlungsfähig.

Schily, Plottnitz, Becker und Riedel nehmen ihre akten und verlassen den saal. Heldmann sagt noch abschließend, er verwahre sich gegen den vorwurf einer verletzung seiner verteidigerpflichten; er nehme mehr seine pflichten gerade wahr. Dann verläßt auch er den saal. Etwa zwanzig zuschauer schließen sich dem protest an und gehen ebenfalls - auch ich.

Über den fortgang der verhandlung nach meinem auszug hat ein anderer genosse einen bericht geschrieben:

Schily, Becker, von Plottnitz, Riedel und Heldmann sind gerade ausgezogen. Aus dem publikum verläßt eine gruppe von leuten - etwa zehn bis fünfzehn - aus protest den gerichtssaal. An der tür gibt es ein gerangel. Es sollen die personalien eines angeblichen störers festgestellt werden, ohne daß Prinzing dazu aufgefordert hat. Der betroffene wendet sich - laut durch den saal rufend - an den senat. Prinzing gewährt freien abzug.

Die gefangenen erzwingen es, auch gehen zu können, indem sie einfach aufstehen und aus der bank drängen. Ihre erklärung, jetzt nicht weiter an der verhandlung teilzunehmen, ist für Prinzing inakzeptabel. Damit es nicht so aussieht, als lasse er sich das bestimmen über den prozeßverlauf aus der hand nehmen, verkündet er den ausschluß wegen "fortgesetzter störung der verhandlung".

Wunder, der bundesanwalt, meint, seinem bedauern ausdruck geben zu müssen darüber, daß sich pflichtanwälte ihrer pflicht, der verhandlung beizuwohnen, entziehen. Er stellt den antrag, die ausgezogenen pflichtverteidiger zu entpflichten. Im übrigen soll mit der vernehmung zur person fortgefahren werden, die auch in abwesenheit der angeklagten durchgezogen werden könne.

Nach einer fünfminutigen pause läßt der senat durch Prinzing verkünden, daß die entscheidung über die entpflichtung der verteidiger außerhalb der hauptverhandlung gefällt wird. Der ausschluß der angeklagten sei nach wie vor wirksam, trotzdem will er jetzt die vier zur angabe zur person einzeln vorführen lassen. Zuerst Raspe. Prinzing erteilt die weisung: "notfalls mit gewalt". Nach ein paar minuten wird Jan von sieben grünen in den saal geschoben. Nachdem sich der polizeigriff gelokkert hat, protestiert Jan zuallererst gegen die art seiner vorführung. Ohne gelegenheit, irgendetwas zu sagen, geschweige denn freiwillig mitzugehen, sei er gewaltsam heraufgezerrt worden. Prinzings aufforderung ist also nicht ungehört geblieben.

Jan weigert sich, sich hinzusetzen. Er erklärt, daß er sich unter den bedingungen, die in den heutigen senatsbeschlüssen ihren konzentrierten ausdruck finden, nicht zur person äußern wird. Seine angaben würden auch nicht so ausfallen, wie das gericht es von ihm erwarten würde. Jan will gehen und fordert Prinzing auf, ihn auszuschließen. Prinzing braucht aber erst wieder etwas, was den formalen sachverhalt "störung" erfüllt. Nachdem er einen solchen festgestellt hat, wird Jan endlich erneut ausgeschlossen.

Wunder beantragt, die personalien - gemeint sind geburtsdatum und dergleichen - aus der anklageschrift zu verlesen. Prinzing findet das zu umständlich. Die identität Raspes sei klar seit dem anhörungstermin. Es sei nicht zweckmäßig, die lebensdaten schon jetzt vorzulesen, das alles könne auch später bei der anklage laufen.

Als nächste wird Ulrike in den verhandlungssaal gezerrt. Sie denkt nicht daran, platz zu nehmen, will auch nicht hören, was Prinzing ihr zur kenntnis geben will, mit dem hinweis, daß sie sich nicht in der lage fühlt, sich zu verteidigen.

Prinzing will von ihr wissen, ob es stimmt, daß sie bis morgens halb sechs auf ihrer schreibmaschine getippt hat. Er will damit beweisen, daß Ulrike es sich selbst zuzuschreiben habe, wenn sie sich verhandlungsunfähig fühlt. Sie habe als angeklagte die pflicht, dazubleiben. Schließlich muß er aber doch verkünden: Die angeklagte wird ausgeschlossen, weil sie den vorsitzenden "du arschloch" geheißen hat. Er besteht darauf, daß das tonbandprotokoll um die behauptung erweitert wird, Ulrike habe sich auch noch mit der polizei gerangelt.

Jetzt wird Andreas geholt. Prinzing sagt ihm, daß sein ausschluß jetzt rückgängig gemacht ist. Andreas soll sich zur person äußern. Andreas erklärt, daß er der ansicht ist, daß von dem begriff der person in diesem prozeß legitimerweise überhaupt nicht die rede sein kann. Er würde sich - wie wahrscheinlich alle anderen auch - zur person äußern, wenn hier die rechte der person nicht permanent mißachtet würden. Er verlangt, daß Prinzing ihn gehen läßt. Prinzing lehnt ab. Andreas fragt ihn, ob er denn unbedingt beschimpft werden möchte, Prinzing zwinge ihn dazu. Er verlangt, diese "dreckige manipulation", die hier getrieben wird, zu beenden, und kündigt an, er werde so lange die verhandlung stören, bis er gehen dürfe. Auf die aufforderung hin, sich zu setzen, weigert Andreas sich. Darauf Prinzing: Andreas müsse sich dann eben im stehen verteidigen. Im übrigen störe er bislang noch nicht. Andreas: "Sie zwingen mich also, sie zu beschimpfen. Sie sind ein faschistisches altes arschloch, Prinzing!" Gudrun, die man inzwischen auch noch herbeigeschleppt hat, schließt sich einfach an und sagt "alte sau".

Prinzing vergewissert sich: "Trifft es zu, daß sie mich alte sau geheißen haben?" Auf die frage, ob Gudrun sich noch äußern will, bekommt er nur die feststellung "altes schwein" von ihr zu hören. Es wird deutlich, daß die gefangenen sich diese beschimpfungen durchaus abringen müssen. Also nicht, als würden sie keine gelegenheit ungenutzt lassen, Prinzing mit beleidigungen zu überschütten und ihm und dem senat damit eine bedeutung einzuräumen, die ihnen als marionetten der staatsschutzorgane nicht angemessen ist. Nur Prinzings juristische formalien machen die beschimpfungen unumgänglich.

Die zwangsverteidiger werden befragt, ob sie was dazu zu sagen hätten. "Wie ich sehe, ist das nicht der fall." Damit ist erstmal pause. Wie Prinzing erklärt, ist der senat selbst über diese flotte wendung in dem fortkommen des verfahrens überrascht. In der pause wendet sich Wunder mit zufriedener miene an die journalisten, die in den vordersten reihen sitzen, um ihnen mitzuteilen, daß er ihnen am ende des prozeßtages einige exemplare der anklageschrift aushändigen wird.

Nach der kurzen pause geht es dann sehr fix. Alles, was der senat und die bundesanwaltschaft in den ersten drei monaten des Stammheimer prozesses gegen die RAF nicht durchpauken konnte, wird jetzt in wenig mehr als einer halben stunde durchgezogen. Prinzing leiert überflüssigerweise noch einige data aus dem leben der vier gefangenen herunter, dann ist endlich Wunder an der reihe, damit er eine ganze latte von anschuldigen aus der anklageschrift verlesen kann, die gegen die ursprünglich fünf, nach dem tod von Holger Meins nun bloß noch vier genossen vorgebracht werden.

Ich hab's leider nicht geschafft, die anklage mitzunotieren, obwohl das natürlich sehr wichtig gewesen wäre. Habe auch versucht, eines von den von Wunder persönlich ausgeteilten vervielfältigten exemplaren zu ergattern, indem ich mich unter die journalisten gemischt habe. War aber leider nix.

**Beobachtungen**

Der saal ist zum ersten mal etwa halb leer. Von den vielleicht hundert anwesenden sind knapp 2o journalisten, 25 genossen, 1o rentner, der rest wie immer zivile und undefinierbare. Einmal ruft einer Prinzing zu: "nazi!" - das klingt unmotiviert an der stelle, an der es kommt, so, als ob der betreffende sich in der pause den zwischenruf ausgedacht hat und ihn einfach irgendwann anbringen wollte. Jedenfalls wird die relative hilflosigkeit, in der man als zuschauer sich befindet, durch solches auftreten nicht durchbrochen, sondern eher noch bestätigt.

Am nachmittag sitzt auch rechtsanwalt Croissant unter den zuschauern.

KÖNIGSWINTER (ID)
16. Oktober

ZUR FRAGEBOGENAKTION "DIENST FÜR DEN FRIEDEN" (ID 95)

"Die aktionsgemeinschaft für den frieden e. v. Königswinter ist nicht verantwortlich für die untersuchung "wehrdienst und wehrdienstverweigerung"."

Die aktionsgemeinschaft dienst für den frieden e. v., 533 Königswinter, ein zusammenschluß von 1o friedensdiensten und einem nahmhaften friedensforschungsinstitut in der Bundesrepublik, hat sich an der vorbereitung und durchführung der untersuchung "wehrdienst und wehrdienstverweigerung" nicht beteiligt. Die AGDF hat im einzelnen erhebliche bedenken gegen diese untersuchung, deren fragebogen vom Bundesamt für Zivildienst vertrieben worden sind.

Die untersuchung (wissenschaftliche leitung Prof. Dr. Nagel, jetzt Bundeswehrhochschule Hamburg), ist nach auskunft des Katholischen Arbeitskreises für entwicklung und frieden (KAEF), 53 Bonn-Bad Godesberg, Hochkreuzallee 246, tel. o2221/3769o4, im auftrage der wissenschaftlichen kommission der KAEF durchgeführt worden, um die seelsorge an katholischen zivildienstleistenden zu verbessern können. Der ständige arbeitskreis "dienste für den frieden", dessen name zu verwechslungen mit der AGDF anlaß gegeben hatte, ist ebenfalls ein organ der KAEF. Er hat die untersuchung angeregt.

## ZUR LAGE IN PORTUGAL
*******************************

### rosa coutinho – interview mit der "republica"

Lissabon (ID) 15.Okt. Die these vom mittelmeer-sozialismus – der von Algerien bis Frankreich, von Portugal bis zur Türkei reicht – ist eines der themen, über das die "República" mit dem roten admiral sprach. Coutinho, mitglied der minderheitsgruppe innerhalb des revolutionsrates, nimmt außerdem stellung zu aktuellen problemen der portugiesischen revolution. Das interview erschien in der "Republica" vom 9.Oktober

f: "Admiral, letztes wochenende haben Sie in der CUF-Fabrik (verstaatlichter portugiesischer großkonzern, d.übers.) in Barreiro betont, daß die revolutionen von aufgeklärten minderheiten gemacht werden und daß diese die mehrheiten bewußt machen müssen. Wann und wie können sich Ihrer meinung nach diese revolutionären minderheiten in mehrheiten verwandeln und wie kann dieser prozeß der politischen bewußtseinsbildung durchgeführt werden ?

a: Das "wann" hängt ab von den fähigkeiten des portugiesischen arbeitenden volkes, zu verstehen, was seine wahren interessen und wer seine wahren verbündeten sind. Das "wann" erlaubt keine konkrete antwort. Es wird dann beantwortet, wenn das volk "erwacht", und dies läuft über eine fortwährende politisierung, die nicht traumatisierend sein darf, die mehr über beispiele laufen muß, mehr über aktionen, über praxis als über worte. Der große fehler, den die revolutionären kräfte gemacht haben, war, daß sie oft über zuviel geredet haben und einige male nicht die richtigen worte fanden. Die mehrheit des arbeitenden volkes hat es satt, durch worte getäuscht zu werden.

Es will mehr taten sehen, mehr beispiele. Das ist logisch, weil man nur so vertrauen gewinnt. Das portugiesische volk hat die papageien satt.

#### " DER 11. NOVEMBER IN ANGOLA"

f: der tag der unabhängigkeit von Angola, der 11.November, rückt näher. Der Krieg hat das land völlig überzogen, die MPLA hat vorteile gegenüber FNLA und UNITA. Wie soll Ihrer meinung nach die übergabe der macht vonstatten gehen ?

a: die unabhängigkeit von Angola muß auf der basis der fakten vonstatten gehen. Man muß sehen, welches die wahren interessen des angolanischen volkes sind, welches seine wahren vertreter sind und wer am 11.November wirklich in Angola die vorherrschaft hat. Ich bin kein futurologe, kann daher nicht mehr sagen, habe aber viele hoffnungen. Und diesbezüglich will ich die "República" dazu benutzen, um bestimmte gerüchte zu dementieren, die bestimmte medien mit meiner sympathie für die MPLA ausgestreut haben.

Ich habe dies niemals verborgen. Man sagt, als ich hochkommissar gewesen sei, hätte ich speziell die MPLA unterstützt. Ich habe niemals verschwiegen, und das volk soll es wissen, daß ich ein vielleicht unorthodoxes mittel angewandt habe – was ich völlig rechtfertigen kann - vom dezember 74 an erhielt jede der drei bewegungen eine monatliche summe von 10tausend contos (ca. 1 million mark) als unterstützung. Diese unterstützung, dieses opfer des angolanischen volkes von ca. 36 millionen mark im Jahr hatte den zweck, daß die bewegungen ohne ausländische hilfe, also unabhängig vom ausland leben sollten ...

die erste rate, von der in deröffentlichkeit auch eine fotokopie kursiert, das waren im dezember 74 ca. 660tausend mark für die MPLA. Der rest folgte nach, und auch die beiden anderen bewegungen erhielten genau dasselbe ...

f: über die verbindungen zwischen der UNITA und der kolonialfaschistischen macht vor dem 25.April gibt es zahlreiche zeugnisse in der in- und ausländischen presse ... was können Sie im moment über diese behauptungen noch sagen ?

a: es gibt in der tat verbindungen. Aber es ist jetzt nicht die zeit, schmutzige wäsche aus früheren zeiten zu waschen. Die UNITA wurde seit 1970 als ventil benutzt, um den vormarsch der MPLA von Osten her zu bremsen – innerhalb des militärischen und politischen spiels des "teile und herrsche". In diesem spiel benutzte der portugiesische faschismus die eine bewegung gegen die andere ...

#### DIE "ROLLEN" VON SPINOLA

f: Spinola hat für den gegenwärtigen einfluß des imperialismus in Angola eine wichtige rolle, wie er z.b. durch sein treffen mit Mobutu (staatschef von Zaire, d. übers.) auf der insel Sal gezeigt hat. Seine neokolonialistische konzeption hat er in seinem buch "Portugal und die Zukunft" ausgeführt. Was halten Sie von dem buch, von seinem autor und von seinen gegenwärtigen helfershelfern ?

a: Spinola hat das buch "Portugal und die zukunft" gar nicht geschrieben. Ebensowenig hat er die mehrheit der reden geschrieben, die er an das volk hielt. Ebensowenig hat die erklärung zum 11.März und zu seinem rücktritt geschrieben. Dafür haben wir beweise. Die Öffentlichkeit kann sich leicht davon überzeugen, wenn sie die literarische form und den stil der reden und des buches mit seinen improvisierten reden " an sein gutes portugiesisches volk" – wie er es nannte, vergleicht. Wenn man das vergleicht, ist man sicher, daß Spinola so nicht schreiben konnte. Bei günstiger Gelegenheit werden die einzelheiten über die dinge veröffentlicht werden.

#### DAS E.L.P. und die REAKTION

f: einige informationsorgane haben von verhaftungen von mitgliedern des E.L.P. (Ejercito de Libertaçao Portugues/portugiesische befreiungsarmee) im raum Lissabon gesprochen. Können Sie bestätigen, daß der kern des E.L.P. innerhalb Portugals aufgeknackt wurde ?

a: ich will über diese angelegenheit keine speziellen einzelheiten sagen ... man muß viele dinge beachten, um die untersuchungen nicht zu behindern.

Es ist klar, daß die reaktionären kräfte innerhalb Portugals da sind, einige als "demokraten" – sie sind die gefährlicheren, weil sie schwieriger zu identifizieren sind. Das muß dem portugiesischen volk eine lektion sein, damit es seinen wahren feind erkennt. Und wenn ich sehe, daß bestimmte "revolutionäre portugiesische sektoren" die radikale linke als ihren hauptfeind betrachten, dann sind sie völlig getäuscht. Für die portugiesische revolution .. sind die linken die natürlichen verbündeten – der kapitalismus und die rechten die natürlichen feinde. Wenn das arbeitende volk Portugals das nicht begreift, ist die revolution in ihrer existenz bedroht."

#### SOZIALISMUS UND NATIONALE WÜRDE

f: die portugiesische revolution spielt sich in einem jagdgebiet des imperialismus ab, und sie wird daher von allen seiten angegriffen. Wir sehen, daß wir uns auf unsere eigenen kräfte verlassen und uns mit den ländern der 3.Welt verbünden müssen. Aber einige, die vor einigen monaten noch zu diesen alliierten zählten (gemeint ist u.a. außenminister Melo Antunes, d.überset.), verhandeln heute über kredite mit der EWG und den USA. Wie können wir Ihrer meinung nach wirklich für die unabhängigkeit portugals kämpfen ?

a: das jagdgebiet des internationalen kapitals erstreckt sich praktisch über die ganze welt, außer einigen sozialistischen "revieren", und selbst dort ist es zuweilen auf der "jagd". Portugal ist also genau wie jede andere nation den angriffen des internationalen kapitals ausgesetzt – wie alle länder, die nicht stark genug sind, dies zu verhindern. was man allerdings ins auge fassen muß, ist, daß Portugal sich in einer zone in Südeuropa befindet, in der nähe des mittelmeerraumes, in einer zone, die zur zeit sehr sensibel ist für politische und soziale spannungen, in der sich die völker nicht mehr mit dem angelsächsischen modell abfinden wollen, das sich als unfähig erwiesen hat, die bedürfnisse der bevölkerung zu erfüllen, besonders nicht in zeiten der wirtschaftskrise, die wir im moment durchleben.

Portugal ist also ein teil des nationenverbandes, zu dem einerseits Spanien, Frankreich zum teil, Italien, Jugoslawien, Griechenland und die Türkei gehören, andererseits Algerien, Tunesien und Marokko. Das sind nationen, in denen in den letzten jahrzehnten der angelsächsische imperialismus herrschte in einem maß, daß das mittelmeer aufgehört hatte, ein lateinisches meer zu sein, daß es sich in ein angelsächsich beeinflußtes gebiet gewandelt hat, zuerst unter englischem, später unter nordamerikanischem einfluß.

Daher ist dieses äußerst sensible, strategisch sehr wichtige und historisch lebendige gebiet in einer entwicklung. Seine völker, besonders seine arbeitenden klassen, sehnen sich nach politischen veränderungen im sinne des sozialismus und sind offensichtlich auf der su

In Portugal kam diese gelegenheit als folge der revolution des 25.April und der entkolonialisierung. Aber das phänomen ist viel breiter. Es ergreift alle länder der welt.

Ich bin überzeugt, daß in kurzer zeit nicht mehr nur im mittelmeerraum revolutionäre ereignisse registriert werden. Der sozialismus ist die große hoffnung der völker anderer regionen unseres planeten. Süd- und Mittelamerika fühlen im moment ebenso die notwendigkeit, vor dem imperialismus zu fliehen, und das gleiche phänomen zeigt sich in Afrika und Asien. Diese tatsache wurde sehr gut klar auf der konferenz der blockfreien staaten in Lima/Peru, wo die portugiesische revolution mit zärtlichkeit und anteilnahme begleitet wur

de und mit der hoffnung, die den wunsch nach dem aufbau des sozialismus zum ausdruck bringt, obwohl noch die meisten dieser länder unter der peitsche des kapitalismus stehen. Aber alle wissen, daß der weg zum sozialismus die einzige möglichkeit ist, die nationale würde wiederzuerlangen, die alle diese länder anstreben.

## DIE ANGEBLICHE "WIRTSCHAFTSKRISE"

f: die äußere abhängigkeit von der kapitalistischen welt und die "wirtschaftskrise" sind ständig von den rechten benutzte waffen, die das ziel haben, die bevölkerung zu verängstigen und der revolution die schuld für mißerfolge und mängel zuzuschieben, wobei die rechten auch gerüchte und fehlinformationen benutzen. Wie sehen Sie diese "Informationsstrategie" der rechten im zusammenhang mit wirtschaftlichen fragen ?

a: Portugal leidet offensichtlich unter den folgen einer wirtschaftskrise, die nicht ausschließlich von der revolution abhängt. Darüber wird viel spekuliert, sogar soweit, daß leute von der linken die gleichen argumente wie die rechten brachten. Die portugiesische wirtschaftskrise ist hauptsächlich eine folge der zerbrechlichkeit der wirtschaft, die uns vom vorherigen regime vermacht wurde, die völlig anders ist als die, die wir aufbauen wollen. Sie ist außerdem eine folge der internationalen krise des kapitalismus, der Portugal nicht entfliehen kann.

die kürzlich von der EWG veröffentlichten daten über die inflation in der zeit vom Juli 74 bis Juli 75 zeigen allerdings, daß unsere rate von 14 prozent verglichen mit den 11 prozent durchschnitt in westeuropa vollkommen annehmbar ist.

Ohne dabei zu vergessen, daß es ökonomisch wichtigere länder gibt, wie z.B. Italien und England, wo die inflationsrate in dieser Zeit höher war als in Portugal, obwohl diese länder nicht unter den auswirkungen einer revolution stehen. Es ist ein versuch, die portugiesische revolution zu diskreditieren, wenn man von "wirtschaftskrise" spricht.

Ebenso ist bekannt, daß in Portugal die arbeitslosenrate hoch ist, etwa 8 prozent, aber es gibt in westeuropa reichere länder mit einer höheren rate. Wir haben ungefähr 200tausend arbeitslose, das kapitalistische europa hat ungefähr 4 Millionen. Portugal steht also unter dem einfluß einer allgemeinen krise des kapitalismus, die bei uns verstärkt wird durch die zerbrechlichkeit unserer wirtschaft. Das ist die realität.

## ENTKOLONIALISIERUNG GEGEN PLURALISMUS

f: im prozeß der entkolonialisierung erkennt man übergänge zur unabhängigkeit, die mehr oder minder friedlich sind. Das ist in den ländern der fall, wo Portugal mit einer einheitlichen bewegung oder front zu tun hatte: in Mozambique, Guinea-Bissau, Kap Verden, Sao Tomé und Principe. Der bürgerkrieg wurde dort entfesselt, wo man dem 'Pluralismus' huldigt, im fall der drei bewegungen von Angola, und auch in Timor. Wie verstehen Sie diese tatsache und wer sind die schuldigen an diesem selbstmörderischen 'Pluralismus' ?

a: es ist immer und immer wieder gesagt worden: Portugal verfolgte einen einzigen prozeß der entkolonialisierung, einen prozeß, in dem das portugiesische volk mit stolz seine zukunft sucht, einen prozeß, der zur harmonischen unabhängigkeit von Mozambique, Guinea-Bissau, Kap Verden, Sao Tomé und Principe führte.

Es liegt nicht am portugiesischen volk, daß wir in Angola und Timor nicht dasselbe erreicht haben, es liegt an den ausländischen interventionen, die man dort beobachten kann, an der unterstützung der befreiungsbewegungen, die nur die imperialistischen interessen vertreten und die die wirkliche befreiung dieser völker so schwierig machen.

## "MARIONETTEN – BEWEGUNGEN"

f: glauben Sie, daß gerade die letzteren wirkliche befreiungsbewegungen sind?

a: man hat sie schon einmal "marionetten-bewegungen" genannt, aber ich benutze diesen ausdruck nicht, um nicht der "parteinahme" beschuldigt zu werden. Meine persönliche beobachtung der verschiedenen befreiungsbewegungen ( Coutinho war im vergangenen Jahr Hochkommissar, d.h. offizieller vertreter Portugals in Angola, d. übers.) zeigt mir, daß eine dieser bewegungen wirklich politisch im volk verankert ist, daß darüberhinaus auch eine kulturelle basis von ihr existiert, die keine der anderern bewegungen aufzuweisen hat. Ich meine damit die MPLA.

Ich habe schon hier in Portugal, aber auch im ausland danach geforscht, ob es einen schriftsteller, einen dichter, einen komponisten, oder einen musiker bei einer der beiden anderen bewegungen gibt.

Ich habe keine antwort bekommen. Es gab bisher niemanden, der mir eine solche grundlage bei einer der beiden anderen befreiungsbewegungen zeigen konnte, die gegen die MPLA kämpfen.

## DAS PROBLEM DER ANGOLA-FLÜCHTLINGE

f: der krieg in Angola hat einen strom von rückkehrern nach Portugal bewirkt. Das wurde konsequent auf der sentimentalen und auf der politischen ebene ausgebeutet. Sind die zahlen und die fakten, die über dieses problem veröffentlicht wurden, richtig ?

a: das problem der rückkehrer ist ziemlich kritisch, es ist vor allem von der reaktion ganz übel auf kosten der natürlichen gefühle des portugieischen volkes ausgebeutet worden: die mitleidsgefühle mit denen, die opfer eines konsequenten entkolonialisierungsprozesses sind, die vorher nur einfach instrumente des kolonialismus waren...

Ich war in Angola, und ich habe eine statistik mit genauen zahlen über die weißen angolaner in auftrag gegeben, die dort lebten. Das ergebnis war: daß in Angola insgesamt 312tausend weiße lebten. Ich glaube nicht, daß alle zurückkehren werden. Daher bin ich der meinung, daß die veröffentlichten zahlen übertrieben und geeignet sind, alarmstimmung und mißtrauen zu verbreiten. Auch die zahlen, die von der luftbrücke in Nova Lisboa (Angola) verbreitet wurden - 150tausend flüchtlinge - scheinen mir falsch zu sein, weil sie den wahren kapazitäten nicht entsprechen ...

Außerdem benutzt die reaktion die zahlen der angola-flüchtlinge, um die gesamtzahl der arbeitslosen in Portugal in die höhe zu zu treiben. Dabei scheuen sie sich nicht, kinder, frauen, alte, studenten, überhaupt alle flüchtlinge als arbeitslose zu zählen.

Diese ganze zahlenspekulation hat nur das ziel, alarmstimmung und chaos in Portugal herzustellen und dafür unschuldige opfer zu benutzen ..

## "jede arbeit wird als sieg der revolution gefeiert"

Barrão (ID) de São João 15. Oktober: Das nächste ziel sei der aufbau einer kooperative, und die dorfbevölkerung bereite sich auf einen bewaffneten angriff der konterrevolution vor – mit dieser perspektive beendeten wir unser gespräch, das mitte September in der Algarve stattfand. Inge, die dort schon seit den letzten jahren des faschismus mit Deodat lebt, erzählt die geschichte des dorfes, das für viele dörfer im süden Portugals zur avantgarde geworden ist. 600 leute leben hier, meist kleinbauern, die, um sich und ihre familien ernähren zu können, zusätzlich als pendler arbeiter ins nahe Lagos fahren müssen. Die frauen arbeiten im sommer als putzfrauen in den hotels der küste, zusätzlich tragen sie mit häkelarbeiten zum lebensunterhalt der familien bei.

„Der 25. April war für alle eine große überraschung, und in den ersten stunden herrschte eine große euphorie, selbst hier im dorf. Die leute waren sehr aufgeregt, auf der anderen seite aber auch sehr beängstigt, weil sie wirklich nicht wußten was das zu bedeuten hatte, wenn man 48 jahre in einer richtung gelebt hat – und plötzlich soll sich diese richtung ändern.

Insgesamt war die bevölkerung sehr interessiert. Ich habe zum ersten mal erlebt, wie leute, die man unwissend und ignorant nannte, wie die sich stundenlang ans radio setzten, um die neuesten nachrichten mitzubekommen. Abends, wenn der bus ankam, wurden den leuten die neuesten zeitungen aus den händen gerissen, um zu wissen, was passiert war. Die leute waren nicht bewußt daran interessiert, mitzumachen, aber sie waren daran interessiert, zum ersten mal in ihrem leben richtig informiert zu sein.

Nach dem 25. April war das erste konkrete problem das bürgermeisteramt. Die faschistische regierung war abgesetzt, veränderungen im staatsapparat wurden durchgeführt – aber das hatte sich noch nicht auf die lokalen verwaltungen übertragen. D.h. die alten, faschistischen verwaltungen auf den dörfern traten nicht sofort zurück, bleiben abwartend, nahmen keine klare position ein.

Deshalb hat Deo sofort nach dem 25. April eine informationsversammlung einberufen, um die neue lage zu erklären. Die leute kamen in massen angeströmt, der saal war wirklich voll. Er hat erklärt, daß wir in zukunft alle zusammenarbeiten müßten, um hier im dorf eine neue struktur zu bilden. Und für die neuwahlen zum bürgermeisteramt werde er sich als kandidat anbieten.

Die leute waren sehr zufrieden, begeistert, und am näch

sten tag drängten sie uns schon, wir sollten mal was gegen das alte bürgermeisteramt unternehmen, die würden sich nicht allein absetzen. Wir sollten eine neue versammlung einberufen und den rücktritt fordern.

Daraufhin sprach Deodat mit dem alten bürgermeisteramt, ob sie sich nicht aus solidaritätsgründen absetzen lassen wollten. Das alte bürgermeisteramt erklärte sich einverstanden und war bereit, eine versammlung einzuberufen, um eine provisorische verwaltung zu wählen.

Diese versammlung verlief im kleinen kreis, denn die leute genierten sich doch etwas, die autorität offen anzugreifen. Deo hatte das vertrauen des dorfes und wurde zum bürgermeister gewählt, ebenso wurden die übrigen ämter der dorfverwaltung neu gewählt. Die meisten dieser leute sind inzwischen abgelöst und durch andere ersetzt, z.b. der zuerst gewählte sekretär hat sich als uninteressiert erwiesen, ihn hat Rosa, 19 jahre alt, näherin, abgelöst. Das heißt: es wurden nach und nach leute gewählt, die ein starkes interesse am revolutionären prozeß haben. — Das war die erste phase von eigeninitiative hier in Barrão. In vielen dörfern lief dieser prozeß über die parteien. Es kam dort zu konflikten, so daß manchmal die armee zu hilfe gerufen werden mußte. Wir haben als einziges dorf in der gegend dieses problem aus eigener kraft, ohne konflikte und ohne spaltung gelöst.

## Die kaserne und das dorf

Danach haben wir sofort kontakt mit der MFA aufgenommen. Leute aus dem bürgermeisteramt, oder die mädchen oder die jungen des dorfes gingen zur kaserne in Lagos und schlugen konkrete projekte vor, forderten materialien, unterstützung. Wir haben dann mit dem kommandanten der kaserne in Lagos eine versammlung gemacht, auf der er den akt unserer machtergreifung im bürgermeisteramt legalisiert hat. Dabei hat er den leuten erklärt, daß das notwendig war. Das heißt: er hat uns direkt unterstützt.

## das erste projekt

Über der waschanlage fehlte ein dach, so daß die frauen beim waschen unter sonne oder regen zu leiden hatten. Das bürgermeisteramt schlug ein wochenende vor, an dem das dach von der bevölkerung gebaut werden sollte. Fünf leute kamen und fingen an zu arbeiten. Nach und nach kamen andere leute vorbei, sahen das, gingen nach hause, wechselten ihre kleider undkamen zurück , um mitzuhelfen.

Das dach wurde durch die wochenendarbeit der leute errichtet, die die woche über arbeiten und die ihren samstag und sonntag zur verfügung gestellt hatten.

## eine andere sache

Zur trinkwasserquelle fehlte eine treppe. Das war ein gefährlicher abhang, den man nicht sicher hinunterkommen konnte. Wir haben auf dieses problem hingewiesen und auf die notwendigkeit, es zu lösen.

Dieselben leute, die mit dem bau des daches angefangen hatten, nahmen den bau der treppe in die hand. Bauten eine sehr rustikale treppe, die zwar nicht sehr schön ist, aber eben doch sehr schön ist — damit die frauen sicher zu quelle kommen.

Die leute, die mit den arbeiten angefangen haben, mobilisierten die übrigen dorfbewohner, indem sie nachwiesen, daß man nur mit wenigen leuten nichts schaffen könne. Das heißt: es war sehr wichtig, daß eine kleine gruppe erkannt hat, daß sie allein nichts machen kann, nur mit hilfe der andren. Immer dann, wenn neue leute dazukamen, wuchs die begeisterung. — Das waren die beiden projekte, die den weg geöffnet haben zu einer breiteren zusammenarbeit des ganzen dorfes.

Für unsere arbeit hier im dorf haben wir zum wochenende soldaten aus Lagos eingeladen. Die hatten sehr viel spaß, die verbindung mit dem volk lief ausgezeichnet. Das war ein richtiges fest. Die frauen liefen ganz hektisch rum und versuchten, essen zu beschaffen, das beste vom besten zu geben. Es gab einen großen mittagstisch, das volk diskutierte mit den soldaten über probleme der landwirtschaft, über politische probleme. Die sache lief also im zusammenhang mit der konkreten arbeit als dynamisierung sowohl für die soldaten wie für die bevölkerung. Danach haben wir ein fest gemacht, alle tanzten, spielten, ganz natürlich und ohne offizielle organisation.

Die verbindung zu den soldaten in Lagos ist immer besser geworden. Sie unterstützen uns mit lastwagen bei notwendigen transporten, kommen sehr gern hier ins dorf — und das alles läuft eben nicht auf einer offiziellen ebene, sondern ganz praktisch. Eine dynamisierung wie im norden Portugals war also hier nie notwendig.

Notwendig war allerdings immer, das vorantreiben der einzelnen projekte auf mehrere personen zu verteilen. Es bestand immer die notwendigkeit, alle projekte auf die ganze bevölkerung auszuweiten. Das heißt, die grundidee, ein rätesystem aufzubauen, bestand schon. Nur sollte sie aus den initiativen der leute selbst entstehen, die leute sollten selbst aus der notwendigkeit heraus auf diese idee kommen. Sie sollten dann die forderung nach einem rat stellen.

Das wurde beschleunigt durch den „leitplan der allianz volk/MFA" im Juli dieses jahres. Und wir haben daraufhin eine öffentliche volksversammlung einberufen, haben über diesen vorschlag diskutiert und gefragt, ob freiwillige diesen räten angehören wollten. Daraufhin meldeten sich zunächst drei leute. Wir beschlossen, sofort mit der arbeit anzufangen und, falls sich neue leute melden sollten, in der volksversammlung abzustimmen. Auch über die drei ersten freiwilligen wurde abgestimmt.

Unser erstes problem, dem sich ein eigenes organ widmete, war der abfall, war die kanalisation. Bisher war nichts da, die leute warfen ihr zeug auf die straße — wo gerade platz war. Eine straße im dorf war sogar völlig mit abfällen bedeckt, ein richtiger misthaufen, den wir schon bald nach dem 25. April weggemacht hatten. Allerdings hatten wir dafür nur eine große grube gegraben, noch nicht an die zukunft gedacht. Jetzt also beschlossen wir, richtige abfallgruben zu bauen, um das problem ein für allemal zu regeln. Dazu riefen wir die bevölkerung wir auf.

An drei verschiedenen stellen des dorfes bauten wir gruben. Wenn sie voll sind, sollen sie ausgepumpt und in die erde abgelassen werden.

Vor allem die kinder haben sich an den arbeiten beteiligt. Sobald sie arbeit rochen, kamen sie angerannt, schleppten wasser und steine, ebenso die frauen, alt und jung halfen mit, wenn sie irgendwie zeit hatten.

Die atmosphäre war immer locker. Es war einfach die freude an der gemeinsamen arbeit, die vorherrschte. Und nach jeder fertigen arbeit versammelte sich das dorf, machte ein kleines fest. Das heißt: jede arbeit wurde gefeiert als sieg der revolution.

Die kinder sagten immer wieder: „Wir müssen die revolution vorantreiben, und wir wollen auch daran teilhaben."

## die kinder und die revolution

Ich will ein beispiel von den kindern erzählen: eines tages kamen sie zu uns nach hause, kinder von neun bis zehn jahren, und sagten, daß die revolution viel zu langsam voranschritte.

Sie wollten auch daran teilnehmen: die straßen seien nicht sehr sauber — und sie bräuchten geräte, um am samstag und sonntag die straßen zu reinigen.

Sie holten denn auch die geräte, und kurz darauf waren etwa zwanzig kinder übers ganze dorf verteilt und machten sauber. Das wurde zunächst von der bevölkerung sehr kritisch aufgenommen: das seien kinder, die könnten was falsch machen. Ich habe ihnen dann erklärt, daß man die initiativen der kinder unterstützen müsse — und der beweis war, daß sie alles sehr gut und richtig machten.

Nach der arbeit liefen die kinder durch dorf und schrien: „Wir wollen die revolution weitermachen, wir wollen die revolution vorantreiben. Es lebe die revolution!"

Die leute lachten darüber, aber waren zugleich begeistert über die kinder, mit welchem ernst sie durch konkrete praktische arbeit ihren teil beigetragen haben.

Wir haben dann die kinder aufgefordert, weiter zu machen und auch andere projekte zu unterstützen. Sie sollten mitarbeiten, denn sie hätten die zukunft in ihren händen.

Sie nehmen das sehr ernst, und sobald bestimmte probleme diskutiert werden, erscheinen sie auf den öffentlichen versammlungen und nehmen daran teil. Das heißt: die öffentlichen versammlungen werden von erwachsenen u n d kindern bestimmt.

Diese versammlungen beschäftigen sich immer wieder mit konkreten problemen, und weil es dauernd probleme gibt, fin-

den sie häufig statt; manchmal zwei in einer woche, manchmal nur eine im monat.

Wenn also solche probleme anliegen, dann wird die gesamte bevölkerung um rat gefragt, dann werden gruppen aufgeteilt, die das projekt übernehmen und es zunächst diskutieren.

In diesem zusammenhang kam schon im letzten sommer ein konkretes problem auf: die kinder haben hier drei monate schulferien, und die eltern kamen zu mir und fragten, ob ich nicht bereit wäre, nachhilfestunden zu geben für ihre kinder, damit sie in diesen drei monaten nicht alles vergessen. Ich hab gesagt, daß ich alleine nicht bereit bin, das zu machen, sondern es wäre nur interessant, wenn enige mädchen oder jungen aus dem dorf mit mir eine ferienschule machen wollten, um sie später selbst weiterzuführen. Ich habe dann mit den eltern und der dorfjugend eine versammlung einberufen, auf der wir das problem diskutiert haben.

Daraufhin stellten sich fünf schulmädchen zur verfügung, um die ferienschule mit mir zu machen. Wir haben jeden nachmittag zwei stunden unterricht gegeben, nicht um zu pauken, was sie eh schon wußten oder noch lernen würden, sondern wir haben sport gemacht, spaziergänge, diskussionen mit den kindern über erziehungsfragen, welche probleme sie in der schule haben, was ihr verhältnis zu ihren eltern ist, über landwirtschaft haben wir diskutiert – es war natürlich oft sehr schwierig, weil diese art von unterricht völlig unbekannt war, aber allmählich haben die kinder offen diskutiert und wir alle haben viel gelernt. Wir haben von den kindern sachen erfahren, die wir sonst nie erfahren hätten, weil die dachten, das sei nicht interessant.

Das heißt: wir haben viel gelernt, und die kinder haben gelernt, über sich zu sprechen.

Später haben wir versammlungen mit der schule u n d der dorfbevölkerung gemacht, auf denen die kinder erzählten, was sie in der ferienschule gemacht hatten. Dadurch haben die eltern, die vor allem einen einmaleins-unterricht erwartet hatten, ihre skepsis verloren, sie haben ihren argwohn gegenüber solchen diskussionsformen verloren, wie wir sie praktiziert haben.

Für uns war das vor allem insofern eine wichtige erfahrung, als wir merkten, daß die kinder an neuen lernformen interessiert sind – und das ist sehr wichtig für die umstrukturierung der schule im allgemeinen.

**das dorf kontrolliert seine exekutive**

Was das verhältnis der dorfbevölkerung zum bürgermeisteramt betrifft: es ist praktisch eine einheit, es gibt keine spaltung. Das bürgermeisteramt versucht, die probleme zunächst organisatorisch vorzubereiten, aber der impuls kommt immer von der bevölkerung. Treten probleme auf, so werden sie zunächst im kleinen kreis diskutiert und dann dem bürgermeisteramt weitergeleitet, was dann eine versammlung einberuft, um auf breiter ebene mit allen zu diskutieren.

Wir fordern die leute oft auf, ihre sachen selbst in die hand zu nehmen: selbst zur kaserne oder zur kreisverwaltung zu gehen, um in bestimmten dingen druck auszuüben.

Wir hatten z.b. ein wasserproblem. Der einzige brunnen, den es im dorf gab, hatte eine handpumpe, die defekt war. Die leute waren also gewzungen, mit dem eimer das wasser aus dem sieben meter tiefen brunnen hochzuholen. Das war sehr ermüdend.

Also versuchten wir, eine elektrische pumpe zu bekommen. Das finanzielle problem war groß, und so beschlossen wir, die kreisverwaltung unter druck zu setzen: Wenn sie uns die pumpe bzw. das geld nicht liefert, werden wir sie selbst kaufen und die rechnung der kreisverwaltung zuschicken. Fast jeden tag ging jemand aus dem dorf zur kreisverwaltung wegen der pumpe. Und eines tages stand wirklich die pumpe im dorf. Und das volk hatte gesiegt. Und es gab leute, die sagten, das wäre die größte errungenschaft seit dem 25. April.

In den versammlungen, die sich mit anliegenden fragen beschaftigen, werden auch alle allgemeinen probleme diskutiert wie z.b. die finanzen des dorfes, die ausgaben und die einnahmen. Das bürgermeisteramt legt rechenschaft ab.

Regelmäßige einnahmen haben wir keine außer denen, die wir uns durch eigene initiativen verschaffen. Z.b. wird jedes jahr ein dorffest organisiert, und der gewinn davon kommt auf das konto des bürgermeisteramtes. Mit diesem geld werden dann projekte finanziert, die das ganze dorf betreffen. Auch haben wir erreicht, daß das dorf die jährlichen pachtzinsen vom wald, der hinter dem dorf ist, bekommt. Das bürgermeisteramt hat darüber mit dem staat verhandelt, der der pächter ist.

Unsere abstimmungen auf der dorfversammlung sind immer offen, bisher ist noch nie eine wahl geheim durchgeführt worden. Wir haben das vonvornherein nicht gewollt, weil wir gesagt haben, wir müssen anfangen, uns ehrlich in die augen zu gucken, auch unsere kontroversen meinungen ehrlich auszusprechen. Und keiner braucht angst zu haben, wenn er seine meinung äußert. Da wir das vonvornherein so gemacht haben, fühlen sich die leute auch sehr befreit, sie stimmen ab, dafür und dagegen, ohne angst zu haben, daß man auf sie druck ausübt. Das ist bisher noch nie passiert, obwohl bestimmte kräfte (gemeint ist die PS) meinen, das wäre keine legale wahl. Aber das ist die legalste wahl, die wir überhaupt bisher hatten. Alles ist legal. Und wenn einspruch erhoben wird, wird die wahl eben nochmal gemacht. Man hört immer darauf, was das volk wünscht, man schreitet nicht darüber hinweg – man wählt ganz einfach und offen."

## AUSLAND
************

**besetzung eines New Yorker krankenhauses**

New York (LNS) 8. Oktober

Eins der letzten opfer der New Yorker sparhysterie sollte das Lincoln Detox Center sein, ein selbstverwaltetes krankenhaus für drogenabhängige. Am 24. September haben über 100 angestellte, patienten und mäzene und sympathisanten des zentrums die büroräume besetzt – um ihren forderungen nachdruck zu verleihen.

Das zentrum wurde 1971 errichtet, nachdem ein städtisches krankenhaus im süden der Bronx, einem sehr armen und größtenteils schwarzen viertel, besetzt wurde. Obwohl nur sehr wenig geld für dieses projekt von der stadt abgezweigt wurde, sind in der zwischenzeit über 35.000 drogensüchtige geheilt worden. Fast alle angestellten der klinik kommen aus der südlichen Bronx, und die meisten wären früher selbst drogenabhängige.

Anfang September dieses jahres wurde von der stadtverwaltung beschlossen, die angestellten der klinik zu entlassen, um sie durch sozialarbeiter, die in anderen kliniken entlassen wurden, zu ersetzen.

Die besetzung dauerte 22 stunden. Danach stimmte die stadt acht wichtigen forderungen zu, z.b. das recht des stadtteils, das projekt zu leiten und leute einzustellen. Obwohl die letzten punkte noch ausgehandelt werden müssen, hat der stadtteil der stadtverwaltung ein rechtsgültiges verpflichtungsschreiben abgehandelt.

Ein wichtiges element in dem programm ist die aufklärung über methadon als behandlung gegen heroinsucht. Es gibt in New York fünf mal mehr methadon-tote als heroin-tote. Tatsächlich behandelt das zentrum etwa 200 methadonsüchtige im vergleich zu 100 heroinsüchtigen. Die koordinatoren des zentrums meinen, daß der erfolg des programms daran liegt, daß die angestellten politisch motiviert sind und die sozialen ursachen der drogenabhängigkeit kennen. Sie übergeben keine süchtigen der polizei. Das zentrum hat die akupunktur für den drogenentzug entwickelt und schon über 500 leute damit geheilt.

Sprecher des zentrums sagen: unsere berater haben keine angst zu sagen, daß viele polizisten und regierungsbeamte auf allen ebenen die drogen einführen und sie verteilen.

Das zentrum hat sich schon an vielen militanten aktionen beteiligt, wie hausbesetzungen, mietstreiks etc.

**so wurde Allende gestürzt**

Paris (ID) 14. Oktober — Über Pinochet und den blutigen putsch sind jetzt einzelheiten bekannt gemacht worden von einem, ders wissen muß:

Joan E. Garcés, der politische berater Allendes, beschreibt in seinem buch "Allende und das chilenische experiment", wie es zum 11. September kam.

In seiner funktion hat Garcés, Katalane, miterlebt, wie der chilenische klassenkapf den mythos vom neutralen militär zerfetzte, was seinen makabren kulminationspunkt in Pinochet selbst fand: der galt als nachfolger des allendetreuen generals Prats gleichfalls als "Allendist" schlechthin.

Sein opfer Allende hatte gegenüber der generalsoffensive der bourgeoisie einen letzten trumpf gefunden: auf seiner bis zuletzt ausschließlichen aktionsebene, der des bürgerlich-parlamentaristischen staates, plante er für den den 11. September die ankündigung einer volksabstimmung.

Garcés beschreibt, wie Allende dieses datum wählt, um den am gleichen tag stattfindenden parteikongreß der christdemokraten zu einer klaren stellungnahme zu zwingen – und wie Allende sein vorhaben am sonntag, dem 9. September, seinem neuen generalstabschef der armee, Pinochet, mitteilt.

Garcés beschreibt auch, wie Pinochet von dieser ankündigung schockiert ist, denn sie kommt den plänen seiner fraktion, der konterrevolution, zuvor: die militärische führung der chilenischen streitkräfte hat in zusammenarbeit mit nordamerikanischen instanzen den 14. September zum endgültigen sturz der volksfrontregierung festgelegt. Auf diesen tag hat die Kissinger'sche destabilisierungspolitik seit Allendes wahlsieg im jahre 1970 hingearbeitet.

Und so kommt es zum 11. September: die putschmaschine wird drei tage früher als geplant ingang gesetzt, weil die macht der raketen und panzer die stimmzettel fürchtet.

(aus: dem artikel "so wurde Allende gestürzt" von Joan E. Garcés, der als vorabdruck seines o.g. jetzt in Paris erschienenen buches in der spanischen zeitschrift "triunfo" vom 6.9.75 erschien, die ab dieser nummer für vier monate beschlagnahmt worden ist.)

**solidarität mit spanien**

Griechenland (ID) Okt. — Unmittelbar nach bekanntwerden der hinrichtungen fand eine demonstration zur spanischen botschaft in Athen statt, vor der etwa 200 leute bis nachmittags demonstrierten. Am montag abend beteiligten sich ca. 5000 an einer veranstaltung des Spanien solidaritätskomitees.

Bei veranstaltungen am freitag und samstagabend zum 34.jahrestag der EAM (des griechischen widerstandes gegen die nazis) protestierten insgesamt 50 000 besucher gegen die todesurteile und hinrichtungen.

In Thessaloniki demonstrierten ebenfalls samstagabend tausende, bei den internationalen filmfestspielen und bei einem konzert des griechischen komponisten Markapoulos wurde eine gedenkminute eingelegt.

In Patras und Ioannina fanden größere kundgebungen statt. An den demonstrationen und veranstaltungen beteiligten sich sämtliche parteien links von der regierungspartei, alle jugend- und studentenorganisationen, zahlreiche komitees sowie die gewerkschaften. Zahlreiche gemeinderäte und bürgermeister veröffentlichten protesterklärungen. Die opposition forderte den sofortigen abbruch der diplomatischen beziehungen zu Spanien. Die gewerkschaften riefen zu einer zehnminütigen arbeitsniederlegung am donnerstag auf sowie zum boykott für lieferungen nach Spanien.

Do. 2.10. In ganz Griechenland wird für 10 minuten die arbeit niedergelegt. Auch bei fernsehen und rundfunk, d.h. hier wird von den arbeitern und angestellten das programm für eine viertelstunde unterbrochen, um eine erklärung zu Spanien vorzulesen und lieder mit den texten des spanischen Dichters Lorca zu senden. Am abend findet vor der uni eine kundgebung statt. Ein 48stündiger auslieferungsboykott wird angekündigt.

Fr. 3.10. Alle jugendorganisationen der parteien rufen zu einer demo den abend auf. Vor der uni versammeln sich bis um 1930 ca. 50 000 menschen. Ziel der demo ist die spanische botschaft. Nach einer stunde setzt sich der zug in bewegung, die gruppen gehen geschlossen zusammen, wobei sich viele zuschauer über das stolze, höchstens 200 mann starke grüppchen der jugend der "Nea Demokratia", der regierungspartei amüsieren. Der vorbeimarsch an der botschaft – den uns die polizei zuerst nur auf dem gegenüberliegendem bürgersteig "gestatten" wollte – dauert insgesamt ca. eine stunde. (theoretisch hätte er auf dem bürgersteig dann etwa 4-5 stunden gedauert). Kurz hinter der botschaft ist die demo offiziell zu ende, die meisten beteiligten warteten aber bis zum schluß. Vor der letzten gruppe wird eine erklärung vorgelesen, für die fünf wird der "totenmarsch" der griechischen partisanen gesungen.

Diese demo war die erste nach den straßenschlachten vom 23. Juli und war damit zugleich auch eine art test, wieviele leute wieder bereit waren, auf die straße zu gehen und wie sich die rechten und die polizei verhalten würde.

Von daher muß auch das gruppenweise demonstrieren verstanden werden, oder die 3 Ketten, die die ordner vor der botschaft zwischen der demo und dem riesenaufgebot der polizei gebildet hatten; provokateure aus den faschistischen gruppen sollten weder in die demo eindringen noch die möglichkeit haben aus der demo heraus den bullen den vorwand zum losschlagen zu geben.

Wichtig ist in diesem zusammenhang noch, daß neben die parolen zu Spanien und die forderung "Keine Botschaft in Madrid" auch die parolen "Volk, vergiß Deine eigene Junta nicht" und "Gebt die Junta dem Volk heraus!" traten.



BERN (ID)
3. oktober

## FRAUEN WERFEN NASSE WINDELN AUF PARLAMENTARIER

Am 2. oktober drangen in Bern 2o frauen während der abtreibungsdebatte ins parlamentsgebäude ein, unterbrachen mit lärm und spektakel einen reaktionären nationalrätlichen redner, verlangten freie abtreibung und bewarfen die christlich-demokratische fraktion mit dreckigen, stinkenden windeln.

darauf warfen sie flugblätter mit folgendem text in den verhandlungsraum:

Frauen - im nationalrat stinkt's!

Heute findet im nationalrat eine debatte über die frage des schwangerschaftsabbruchs statt.

Diese debatten stinken zum himmel !
Die sogenannten volksvertreter glauben, über unsere köpfe hinweg entscheiden zu können, was für uns frauen gut sein soll !
Diese entscheidungen können jedoch nur von uns frauen getroffen werden !

Abtriibig frei - nationalrät gönd hei !
Deshalb bewerfen wir heute die verhandelnden im bundeshaus mit verschmutzten windeln. Mit dieser aktion wollen wir aufzeigen, daß wir mit den entscheidungen von oben überhaupt nicht einverstanden sind.

Kinder oder keine entscheiden wir alleine !
Wir kämpfen weiterhin für unsere forderungen , die an aktualität nicht verloren haben:
- straffreier schwangerschaftsabbruch auf blosses verlangen der frau hin
- freie arztwahl
- übernahme der kosten durch die krankenkassen

Verhütung steht an erster stelle !
- breite und nicht moralisierende aufklärung an den schulen
- umfassende aufklärung über verhütungsmittel und intensive forschung über neue und unschädliche verhütungsmittel auch für den mann

Wir wollen gewünschte kinder !
Dazu müssen bessere bedingungen für kinder und mütter geschaffen werden:
- 1 jahr bezahlter schwangerschaftsurlaub, der von der frau oder vom mann genommen werden kann
- sicherung des arbeitsplatzes nach dem urlaub
- bessere und billigere krippen, die unter mithilfe der eltern geführt werden
- genügend grosse und billige wohnungen
- genügend spielplätze

Chind ha isch schön, doch nur wämers cha ha und wämers verantworte cha!!

Schwangerschaftsgruppe der Frauenbefreiungsbewegung
Zürich

PARIS (ID, Libé)
16. oktober

## FOTOLIB VON FASCHISTISCHEM KOMMANDO ANGEGRIFFEN

Die linke fotoagentur Fotolib (assoziiert mit der tageszeitung Libération) wurde am mittwoch letzter woche (8.1o.) von einem faschistischem rollkommando überfallen.

Gegen 2o Uhr traten sechs männer mit revolvern in der hand in das büro der agentur ein. Zwei genossen, die sich gerade in den räumen aufhielten, wurden rasch gefesselt, geknebelt und in eine abstellkammer gelegt. Inzwischen bemächtigten sich andere eines großteils der technischen geräte und brachen die türen zu den verwaltungsräumen ein. Dort nahmen sie mehrere karteikästen mit, darunter eine fotokartei der franz. kriegsdienstverweigerer, dokumentationen über den kampf in der armee und von demonstrationen der südfranzösischen bauern. Nachdem sie den rest mit benzin übergossen hatten, zündeten sie alles an, wodurch die meisten dias zerstört wurden.

Nach dem abzug der kommandos befreiten hausbewohner die um hilfe rufenden genossen und löschten schnell das feuer, so daß ein noch größerer schaden vermieden werden konnte.

In einem telefonanruf eine stunde später übernahm die rechtsradikale terrorgruppe "groupe d' intervention nationaliste" (gin) die verantwortung für den anschlag. Die gruppe ist schon durch mehrere anschläge gegen fortschrittliche organisationen wie "revolution" und das spanienkommitee C.I.S.E. bekannt geworden.

Die polizei, die eine untersuchung einleitete, hat bis heute noch keine spur. Die finaziell stark getroffene agentur will eine fotodokumentation anfertigen und außerdem ein poster, das für einen solidaritätspreis verkauft werden soll. Zahlreiche bestellungen bitte an Fotolib, 36, rue René Boulanger, 75o1o Paris

BOGOTÁ (ID)
15. oktober

## "DER VOLKSWIDERSTAND WIRD SIEGEN!"

Vor einem jahr, genau am 5. oktober, wurde Miguel Enriquez, generalsekretär des chilenischen MIR, bei einem feuergefecht von der armee erschossen. Jetzt hat der MIR aus diesem anlass in Chile ein kommuniqué veröffentlicht, das wir der ALTERNATIVA (nr. 55, 13. oktober 75) entnehmen:
"Der tod von Miguel ist für den MIR ein auftrag, den kampf bis zum endgültigen sieg fortzuführen.
Mit dem gorilla-putsch am 11. september 1973 wird in Chile eine vorrevolutionäre periode ausradiert. Die arbeiterklasse und das volks erleiden einen harten rückschlag, bedingt durch die kompromisslerische politik und die schwankende führung innerhalb der volkseinheit-regierung.

Seitdem konzentriert der MIR seine kräfte auf seine innere reorganisierung und auf die arbeiterbewegung und ihre proletarische avantgarde, Indem er den wiederaufbau der gewerkschaften und ihrer zellen sowie die bildung der illegalen und klandestinen politischen massenorgane vorantreibt: die kommitees des volkswiderstandes.

Nach einem jahr der gorilla-diktatur sind bereits eine große zahl von kommitees gebildet, die den kern der bewegung des volkswiderstandes (Movimiento de Resistencia Popular/MRP) bilden.

Die politikdes MIR hat sich in diese massenbewegung eingefügt, um den widerstandskampf zu entwickeln: gewerkschaftlich, politisch und bewaffnet.

Man muß die konfrontation mit der diktatur auf jeder ebene der massen organisieren.

Man muß tausende von neuen kommitees des volkswiderstandes organisieren, die eine unzerstörbare bewegung des volkswiderstandes bilden, die die kraft sein wird, aus der die revolutionäre volksarmee des volkes entsteht, die die diktatur zerstören wird.

Das kampfprogramm des MRP: sturz der diktatur und bildung einer revolutionären regierung - ausweitung der demokratischen freiheiten - verteidigung des lebensstandards der massen-verurteilung und züchtigung der politisch und materiell für den hunger, die folterungen und die morde verantwortlichen. Der MRP ist eine massenbewegung, keine politische partei. Die wichtigste aufgabe ist ihre innere einheit. Die taktischen und strategischen differenzen, die existieren oder die im verlauf des kampfes entstehen, wird man in den eigenen reihen ideologisch diskutieren. Den kommitees können alle arbeiter, kleineigentümer, soldaten, studenten, männer und frauen angehören, die sich dem kampf gegen die diktatur hingeben.

Der widerstand hat kleine, aber wichtige siege errungen.

1. Der auf die niederlage folgende rückzug verhinderte es, daß das proletariat und die linke ausradiert wurden.
2. Die reorganisierung der parteien und der massenbewegung in der klandestinität.
3. Der beginn des aktiven widerstandes im jahr 1974, der seine basis hat in der avantgarde des proletariats und im MIR.
4. Die schnelle und massive reorganisierung des legalen widerstandes in den gewerkschaften und vereinigungen, die ihren ersten offenen sieg dadurch errangen, daß die diktatur das neue arbeitsrecht nicht verabschieden konnte.
5. Das wachsen des klandestinen widerstandes in den legalen gremien, das vorantreiben von sabotageaktionen, von züchtigungsaktionen, von verteilung und entwicklung erster formen von bewaffneter propaganda.

Das größte hindernis war die ablehnung der reformistischen führer bei der bildung einer politischen widerstandsfront. Bei der suche nach der allianz mit der bourgeoisie haben sie praktisch die unabhängige organisation der bewegung entmutigt, haben sie die einheit boykottiert und die bewaffnete propaganda behindert.

Dennoch wird die einheit aufgebaut. Von der basis. Im aktiven kampf. Angetrieben vom MIR. Gestärkt durch alle revolutionären kräfte.

Das dritte jahr des kampfes gegen die diktatur muß das jahr des beginns der offensive und das jahr der einheit an der basis werden."

ZÜRICH (ID)
3. oktober

## HUNGERSTREIK WEGEN HAFTBEDINGUNGEN

Die in Zürich inhaftierten Petra Krause, Werner Schlegel und Peter Egloff sind am 17. september in den hungerstreik getreten. Ihre aktion hatte folgende ziele:
1. Aufhebung der seit langer zeit andauernden totalen isolation, die eine form psychischer und physischer folter ist.
2. Einsetzung einer untersuchungskommission, die die haftbedingungen in

den gefängnissen der Züricher kantonalpolizei untersucht.
3. Solidarität mit den verfolgten spaniern.

Petra Krause wurde am 2o. märz 75 zusammen mit Elisabeth von Dyck in Zürich festgenommen. Sie wurde von der Schweizer polizei in anschliessenden pressekonferenzen mehr oder weniger als zentralstelle des "internationalen terrorismus" dargestellt, kontaktperson zwischen schweizerischen, italienischen, deutschen, spanischen "terroristen". Die deutsche polizei ermittelt gegen sie, wie Maihofer auf der sicherheitsdebatte am 12.6.75 bekanntgab, wegen möglicher unterstützung des anschlags gegen das BVG in Karlsruhe.

Die italienischen behörden halten sie eines anschlags gegen die Face Standard und gegen ein hotel gegenüber dem gefängnis San Vittore (Mailand) für schuldig. Ihr akte enthält die vorwürfe der bildung einer kriminellen vereinigung, mutwillige brandstiftung, tragen falscher ausweispapiere und hehlerei.

Die schweizerische bundesanwaltschaft hält sie des diebstahls von explosivmaterial und waffen aus militärarsenalen und des tragens falscher dokumente für schuldig.-

Die voraussetzungen für die erfullung der zweiten forderung sind unterdessen nahezu abgeschlossen: die untersuchungskommission ist bis auf ein, zwei leute, die noch ausgewählt werden müssen, vollständig.

Im laufe des hungerstreiks gab es in Zürich und in anderen Schweizer städten solidaritätskundgebungen, demonstrationen, flugblattaktionen und einen aufruf an den schweizerischen bundesrat.

Inzwischen haben diese drei gefangenen und andere, die sich mit der aktion solidarisiert hatten, den hungerstreik abgebrochen - Petra Krause am 3. oktober (siehe dokumentation)

## DOKUMENTE

Zürich 2. Okt. — KAMPF GEGEN HAFTBEDINGUNGEN UND ISOLATION

In einer mehrseitigen erklärung nimmt Petra Krause, die im bezirksgefängnis Zürich inhaftiert ist, zum hungerstreik stellung:

"Seit heute, 17. september 1975, nach 18o tagen strengster isolationshaft, befinde ich mich im hungerstreik. Andere gefangene, z.b. Peter Egloff (seit 13o tagen in isolationshaft im gefängnis der polizeikaserne Zürich) und Werner Schlegel (seit 18o tagen im gleichen gefängnis) werden wie ich in den hungerstreik treten und ihre forderungen bekanntmachen...

Nur durch zufall war es möglich, daß Peter Egloff, Werner Schlegel (Ihm wird von den schweizer behörden vorgeworfen, im frühjahr des jahres einen einbruch begangen zu haben, mit gefälschten papieren in die Schweiz eingereist zu sein und ungesetzmäßig eine waffe getragen zu haben. Von der deutschen polizei wird er wegen sprengstoffanschlägen gesucht. Die red. ) und ich uns gestern über die notwendigkeit und die unmittelbare durchführung des kollektiven hungerstreiks einigen konnten (Es war die polizei selbst, die meine isolation unterbrochen hat, indem sie mich versehentlich statt in das normale loch für drei stunden in eine andere zelle gesperrt hat, wo ich auf den besuch meines sohnes wartete und von wo aus es möglich war, einen rufkontakt mit den genossen Egloff und Schlegel herzustellen.) Wir haben uns geeinigt, daß die forderungen und die dauer des hungerstreiks von jedem gefangenen für sich festgelegt werden, daß jedoch die hauptforderung dieses hungerstreiks kollektiv ist:

1) Gegen die unmenschlichen haftbedingungen und gegen die isolationshaft im polizeigefängnis Zürich

2) Gegen die isolationshaft in allen untersuchungsgefängnissen in der Schweiz

3) Mit unserem hungerstreik drücken wir auch unsere tiefe und unbedingte solidarität mit den politisch verfolgten in Spanien und mit allen antifaschistischen und antiimperialistischen kämpfern in der dritten und vierten welt aus, seien sie in freiheit, im kampf oder im gefängnis.

Ich persönlich erkläre, daß ich in den unbefristeten hungerstreik trete, den ich nicht unterbrechen werden, bis meine forderungen erfüllt sind.

1) Die zuständigen behörden haben sofort dafür zu sorgen, daß kein gefangener länger als 24 stunden im gefängnis der polizeikaserne Zürich gehalten wird. Alle gefangenen, die sich dort befinden, müssen sofort in ein einigermaßen menschwürdiges gefängnis überführt werden, und falls solche nicht existieren oder überfüllt sind, müssen sie vorläufig in die großen kapitalistenhotels von Zürich, die im augenblick leer sind, überführt werden.

Wenn diese forderung erfüllt ist, werde ich den hungerstreik abbrechen. Wenn sie nicht erfüllt wird, fordere ich,

2) daß ein komitee gebildet wird, wozu ich im folgenden noch etwas sagen werde, das aus drei nicht korrumpierbaren und vertrauenswürdigen personen besteht, die ihrerseits eine volkskontrollkommission nominieren, die aus 12 züricher bürgern besteht und die sich aus erster hand und an ort und stelle über die bedingungen in dem genannten gefängnis informiert!

Wenn diese zweite alternative forderung erfüllt wird, breche ich den hungerstreik ab...

Falls sowohl die erste wie die zweite forderung nicht angenommen wird, setze ich den hungerstreik fort bis

3) der zürcher polizeichef, Schlepfer, der meiner meinung nach der verantwortliche für die unglaublichen bedingungen in dem gefängnis in seiner kaserne ist, sich zusammen mit seinen gehilfen für 1o (zehn) tage in die zelle 8/9 des besagten gefängnisses begibt unter genau denselben bedingungen, denen alle anderen gefangenen unterworfen werden. Es soll ihm erlaubt werden, in die zelle die argentinische polizeifahne, die auf seinem schreibtisch steht, mitzunehmen. Außerdem soll ihm (im gegensatz zu den sonst geltenden regeln) erlaubt sein, die letzten reden von Lopez Rega und Pinochet zu lesen, oder auch die letzten studien zum "antiterrorismus", weil ich persönlich es nicht verantworten kann, einem gefangenen, gleich welcher tendenz, sogar die symbole oder die literatur seiner politischen überzeugung zu nehmen. Im fall, daß herr Schlepfer "verhindert" sein sollte, akzeptiere ich zum austausch auch einen hohen staatlichen polizeibeamten oder einen hohen justizbeamten, die dem herrn Schlepfer rangmäßig gleichgestellt sind, jedoch nicht darunter.

Sobald die genannten personen die haftzeit beendet haben, werde ich den hungerstreik abbrechen.

(Es folgen ausführungen zur zusammensetzung der untersuchungskommission.)

..Ich weiß, daß meine forderungen alles andere als übertrieben sind, so wie ich weiß, daß ich als gefangene in isolationshaft, um meine und die unmittelbare existenz der anderen gefangenen zu schützen, nichts anderes tun kann, als in den hungerstreik zu treten, den ich bis zur äußersten konsequenz durchführen werde.

Ich fordere auch alle ex-gefangenen auf, ihre erfahrungen den gruppen zur verfügung zu stellen, die seit langem versuchen, die aufmerksamkeit der öffentlichen meinung auf die dramatischen zustände hinter den mauern zu lenken. Ich fordere schließlich alle gefangenen, männer, frauen und jugendliche auf, sich mit dem hungerstreik solidarisch zu erklären und daran teilzunehmen, wenn sie meine forderungen unterstützen.

Ich fordere alle anwälte auf, deren mandanten im genannten gefängnis sitzen, ihnen meine erklärung und die der anderen gefangenen, die in den HS treten werden, mitzuteilen...

Ich schließe meine erklärung mit einer denunziation der zusammenarbeit zwischen der schweizerischen polizei und der faschistischen polizei Spaniens. Ich werde an anderer stelle die beweise dafür liefern. In einem moment, in dem nur sadisten sich nicht von dem henker Franco distanzieren, hat die schweizer polizei der spanischen geheimpoli-

zei informationen gegeben, auf grund deren es möglich war, antifaschistische kämpfer zu verhaften ...

Ich beschuldige die schweizer polizei auch, ohne die kleinste juristische handhabe Elisabeth von Dyckan die deutsche "justiz", die leider heute die methoden des 3. reiches wieder anwendet, ausgeliefert zu haben. Nach langer isolationshaft mußte Elisabeth freigelassen werden, weil es absolut keinen vorwurf gegen sie gab. Mit einer raffiniertkalkulierten methode, die alle rechtlichen prinzipien eliminiert, wurde Elisabeth vom gefängnis direkt zum bahnhof gebracht und von der schweizer polizei bis Basel "begleitet". Gleich hinter Basel, noch vor Freiburg (in der BRD), betraten zwei mit MP bewaffnete deutsche polizisten ihr abteil und schleppten sie in das nächste gefängnis. Das ohne irgendeinen haftbefehl. Bis heute, nach vier monaten haft, gibt es keine konkrete beschuldigung gegen sie, und ihren rechtsanwälten wird die akteneinsicht verweigert. Dank der unermüdlichen arbeit der schweizerischen polizei befindet sich Elisabeth heute im berüchtigten toten trakt des gefängnisses Köln-Ossendorf, wo seinerzeit Astrid Proll nach acht monaten isolationsfolter in lebensgefahr und damit haftunfähig war und entlassen werden mußte.

Petra Krause"

(Es folgt der Brief.)

"Ständige physische schwäche, ständig schwindel, oft ohnmacht, manchmal scheint der kopf zu platzen, das blut staut sich in den stirnadern, fortschreitender gewichtsverlust (im augenblick nicht mehr als 42 kg), appetitlosigkeit und übelkeit, starker haarausfall, akute paradontose, immer kalte hände und kalte füße.

Morgens ist das rechte bein dunkelblau mit einigen weißen flecken, nach ca. 3o minuten normalisiert sich die farbe. Auf dem rechten augenlid haben sich zwei knoten, einer über dem anderen gebildet. Der obere hat die größe eines halben reiskorns, der untere die von zwei reiskörnern. Morgens ist das auge sehr geschwollen. Die knoten haben sich in folge einer starken reizung oder entzündung des auges gebildet. Am 21. märz haben sie mir eine grüne, körnige seife gegeben, um die tinte, mit der die fingerabdrücke gemacht werden, abzuwaschen. Die ist mir ins auge gespritzt, und danach hat sich das auge entzündet, aber etwa drei monate lang hatte ich keine möglichkeit, es zu behandeln. Außerdem war in der polizeikaserne von Zürich, wo sie mich 4o tage lang festgehalten haben, das blendende elektrische licht 17 stunden am tag eingeschaltet (von 5 bis 22 uhr), die augen taten mir immer weh, tränten und waren rot. Erst im juli haben sie mir die möglichkeit gegeben, mit kamillenwaschungen zu beginnen. Aus dem auge kam regelmäßig eiter, dann haben sich die knoten gebildet. Das lid tut sehr weh, ich möchte, daß es von einem spezialisten untersucht wird. Ich habe auch atemschwierigkeiten. Wegen der schwäche habe ich vitamine gefordert, die sie mir mit der begründung verweigert haben: Wir können hier keine Präventivmedizin betreiben."

"Es ist in Zürich wie in Auschwitz", sagt Marco, "der unterschied ist irrelevant. Als meine mutter ein paar monate alt war, wurde sie mit ihrer ganzen familie, sie waren juden und lebten in Berlin, in konzentrationslager Auschwitz eingeliefert. Die faschisten haben alle außer ihr getötet. Hitlers ärzte benutzten sie für experimente. Sie wollten ausprobieren, wieviel wasser der bauch eines neugeborenen faßt. Sie haben ihr den bauch vollgepumpt und dann das wasser wieder abgesaugt. Ihr bauch ist innen voll von narben. Als sie drei jahre alt war, wurde sie zusammen mit 2ooo anderen jüdischen kindern gegen eine ladung stahl nach schweden ausgetauscht. Als der krieg zuende war, wurde sie nach Deutschland zurückgebracht in ein waisenhaus. Mit 11 jahren wurde sie von einer jüdischen familie in Berlin adoptiert. Mit 17 ging sie nach Israel und arbeitete in einem Kibbuz. Dort wurde sie wegen einer freundschaft mit einem araber repressionen unterworfen und wurde nach Deutschland zurückgeschickt. 1959 hat sie meinen vater geheiratet und sich nach fünf jahren wegen der grundlegenden politischen differenzen von ihm getrennt. Von da an hat sie politisch gearbeitet.

Sie ist keine terroristin. Die anklagen, die gegen sie erhoben worden sind, sind falsch. Bisher haben sie auch nicht eine beweisen können. Es ist aber wahr, daß sie immer gegen den imperialismus gekämpft hat, zuerst in pazifistischen organisationen, dann in der außerparlamentarischen linken. Sie hat aktiv an den kämpfen 1968 und 69 teilgenommen. Sie war ein paarmal in Portugal, um der Widerstandsbewegung zu helfen. Sie hat auch in der Kampagne zur verteidigung der politischen gefangenen in Europa und vor allem in Westdeutschland gearbeitet. An allen oder fast allen kämpfen für die demokratie und gegen die ausbeutung hat sie teilgenommen, aber sie ist nicht diese blutige terroristin, als die man sie hinstellen will."

Der sohn von Petra Krause, Marco Ognissanti, veröffentlichte am 13. september im "corriere d' informazione" unter der überschrift "sie töten meine mutter" folgenden appell:

"Sie lassen meine mutter sterben. Seit 6 monaten ist sie in isolation im gefängnis von Zürich, sie hat keine kontakte, nicht mal mit anderen gefangenen. Die einzigen personen, mit denen sie in kontakt kommt, sind die aufseher. Außer den schweren psychologischen schäden, die diese raffinierte form der folter hinterläßt, geht es ihr auch physisch schlecht, sehr schlecht. Im moment wiegt sie etwa 4o kilo, ihr gesundheitszustand hat sich unheimlich verschlechtert, und sie hat eine schwere krankheit am rechten auge. Man muß etwas tun, einen arzt schicken, sie behandeln, bevor es zu spät ist.

Seit die von der kriminalpolizei sie gefangen genommen haben, ist sie völlig in ihren händen, sie haben sie einfach beschlagnahmt. In der ersten woche haben sie sogar abgestritten, daß sie in der Schweiz sei, haben so getan, als fielen sie aus allen wolken. Die nachricht von ihrer verhaftung ist in Italien erst nach einigen tagen bekanntgeworden, und ich bin sofort in die Schweiz gefahren. Dort mußte ich eine pilgerfahrt von einer behörde zur anderen machen, polizei, gefängnis, gericht. Niemand wollte mir auskunft geben.

Der chef der kriminalpolizei, Schlepfer, sagte mir, daß ihm nicht bekannt wäre, daß meine mutter verhaftet worden sei, und der generalstaatsanwalt Gerber hat sich geweigert, mir auskunft zu geben. 14 tage lang haben sie meine mutter verhört, ohne daß ihr genehmigt wurde, einen anwalt zu verständigen, und nachdem ihr das erlaubt worden ist, hat sie nie ohne aufsicht mit ihrem verteidiger sprechen können. Bis heute hat sie noch keine erlaubnis bekommen, mit ihrem italienischen anwalt zu sprechen. Mir haben sie eine besuchserlaubnis alle zwei wochen und nur für eine halbe stunde genehmigt. Sie kann von draußen weder bücher noch nahrungsmittel noch kleidung noch geld noch briefe bekommen. Vor ein paar tagen hat sie mir geschrieben: einen alarmierenden brief, wo sie ihren gesundheitszustand beschreibt.

Anfang september wurde der besuch einer schweizer ärztin genehmigt, die die untersuchung mit "Bisher waren sie in schlechter gesellschaft, aber jetzt haben sie zeit zur besinnung ..." einleitete und daraufhin von Petra hinausbefördert wurde. Ein weiterer antrag auf zulassung eines schweizer bzw. italienischen arztes wurde abgelehnt.

Schreibt an Petra Krause, anwaltsbüro Gian Andrea Danuser, 8oo4 Zürich, Langgasse 4.

## dokument "Chile heute" — die junta versucht sich darzustellen

das unten abgedruckte dokument ist ein brief, der einem genossen des Tübinger Chile-komitees (seine adresse wurde eine zeitlang als kontaktadresse benutzt) zugesandt wurde. Mit dem brief des "chilenischen volkes" kam ein buch, das den titel "Chile heute" trägt. Es ist in spanisch, englisch und französisch verfaßt und entspricht im inhalt der darstellung des heutigen Chile im sinne des briefes — plumpe faschistische propaganda.

Mein lieber freund:

Diese mitteilung ist sehr einfach in ihrem inhalt und in ihrer form. Sie ist eine antwort auf ihre probleme, fragen und zweifel hinsichtlich der heutigen chilenisc hen wirklichkeit.

Es ist geschichtlich erwiesen,daß Chile seit den ersten tagen seiner Unabhängigkeit eine führende Rolle in Lateinamerika gespielt hat. Es verdankt diese führungsposition dem leistungswillen seines volkes. Chile hat sich hervorgetan durch die leistung seiner universitäten, die staatsbürgerliche bildung seines volkes, die hochachtung vor dem selbstbestimmungsrecht der völker, durch die fleißige arbeit seiner männer und frauen und durch die strenge disziplin und berufsbezogenheit seiner streitkräfte. Diese sätze umreißen in kürzester form die geschichte Chiles. Sie enthalten keine historischen Zitate noch aussprüche hervorragender Staatsführer und politiker. Auch auf diesem gebiet verfügt unser volk über reiche menschliche werte.

Aber Chile ist ein unterentwickeltes Land, das zur erhaltung seines ansehens und zur bewahrung seiner würde und seiner ehre des unermüdlichen, immerwährenden und geordneten willens des gesamten volkes bedarf.

Es kann keine ruhepause einlegen, noch kann es sich ausländischen einflüssen aussetzen, die es geistig zersetzen und seinen leistungswillen lähmen. Von November 1970 bis zum 11 September 1973 hat die marxistische regierung alle unsere sittlichen werte zu vernichten getrachtet und sie ist bestrebt gewesen, sämtliche prinzipien der ordnung, des friedens und der brüderlichkeit, die die chilenen miteinander verbinden, zu zerstören. Der haß zwischen brüdern wurde geschürt. Die gewalt bemächtigte sich der städte und des landes. Hunderte von toten öffneten den sogenannten "chilenischen Weg zum Sozialismus". Das land versank in der schlimmsten Wirtschaftskrise seiner gesamten Entwicklung. Diese Krise findet in der ganzen Welt keinerlei entsprechung, mit ausnahme der länder, die vom krieg heimgesucht wurden.

Zu dem zeitpunkt, an dem der eingriff der streitkräfte und der polizei stattfand, war das land stillgelegt, herrschte ein streik fast aller gewerkschaften und es bestand ein fast absoluter mangel an wichtigen lebensmitteln für die bevölkerung. Waren konnten nur auf unehrlichste weise auf einem schwarzmarkt erworben werden, der von den staatsstellen selbst gefördert wurde.

Die massive heimliche waffeneinfuhr und die mitwirkung von tausenden von ausländischen extremisten ermöglichten den aufbau einer streitmacht außerhalb der verfassungsmäßigen legitimenstreitkräfte. — Diese illegalen verbände bereiteten für den monat september des Jahres 1973 ein massaker unter der zivilbevölkerung vor und planten die gewaltsame beseitigung der führer der streitkräfte, um inmitten des sich daraus ergebenden chaos die marxistische Diktatur zu errichten.

Die repräsentativsten Institutionen des landes (parlament, verfassungsgericht, rechnungshof, akademikerverbände etc) erbaten den eingriff der streitkräfte.

Die militärischen verbände entschlossen sich zur absetzung der marxistischen regierung,nachdem sie alle durch die verfassung gebotenen möglichkeiten erschöpft hatten und zu der erkenntnis gelangt waren, daß der unmittelbare ausbruch des bürgerkrieges zu einem wahren völkermord führen würde.

Dieser eingriff löste, wie Sie selbst in Ihrem eigenen land beobachten konnten, eine anhaltende, rücksichtslose kampagne des internationalen kommunismus aus, der in Chile eine schwerwiegende niederlage in seiner politik der völkerbeherrschung erlitten hatte. Da der marxismus über unerschöpfliche finanzmittel verfügt, konnte er nach belieben die wirklichkeit verfälschen. Er verwandte ausserdem die waffe des wirtschaftlichen boykotts.

Gerade deshalb aber fühlen sich unsere regierung und unser volk stärker denn je miteinander verbunden und sie rüsten sich zu dem großartigen werk des nationalen wiederaufstiegs. Wir sind für unsere Unabhängigkeit bei wahrung unserer würde und überwindung von haßgefühlen eingetreten. Die einheit des chilenischen volkes ist kein mythos. Die regierung hat die tür denjenigen geöffnet, die das land verlassen wollen und hat alle empfangen, die für das wohl des landes wirken wollen, ungeachtet ihrer politischen ideologie.

Dies ist der größte wunsch aller chilenen. Wenn Sie sich für die hoffnung eines volkes interessieren ... kommen Sie nach Chile wie in ein fernes und liebevolles zuhause.Dieses land und seine menschen werden Ihnen ihre grenzen, ihre häuser und sogar ihre herzen öffnen. Wir bitten Sie nur, uns die möglichkeit zu bieten, Sie mit der heutigen chilenischen wirklichkeit bekannt zu machen.

Es grüßt Sie herzlich

DAS CHILENISCHE VOLK

## ERKLÄRUNGEN
********************

### erklärung des gefangenenrates Frankfurt

Frankfurt (ID) 15. Oktober

Am 14. Oktober wurde drei leuten trotz gültigem besuchsschein der einlaß in die JVA Butzbach verwehrt. Die handlanger des kerkermeisters Künkeler konnten oder wollten den betroffenen keine auskunft über die gründe geben. Sie begnügten sich mit der lakonischen bemerkung: „Hier hängt eine verfügung, die besagt, daß sie P.A. nicht mehr besuchen dürfen!!"

Gegenüber der dpa gab Künkeler am gleichen tag folgende erklärung ab: „Durch den besuch wird die sicherheit und ordnung der anstalt gefährdet, dafür liegen kriminaltechnische erkenntnisse vor. P.A. ist mitglied des gefangenenrates, die besucher haben den besuchsraum als tagungsraum mißbraucht. Dieser beschluß ist einstimmig vom hiesigen personalrat verabschiedet worden."

Was die popo mit den letzten verhaftungen von fünf mitgliedern des gefangenenrates begonnen hat, setzen die schweine in den zuchthäusern durch die totale blockade unserer kontakte fort.

Sicherheit und ordnung gewährleisten heißt für Künkeler & co. oder wie immer die zuchthauskommandanten auch heißen mögen: verhinderung jeder politischen entwicklung der gefangenen, unterschlagung politischer schriften und schließlich die unterdrückung und das verbot von kontakten nach draußen.

## mietstreik in studentenwohnheimen

Hamburg (ID) 28. September In mehreren studentenwohnheimen Hamburgs findet derzeit ein mietstreik statt in form einer mieterhöhungsverweigerung. Um zu "ihrem" geld zu kommen, greifen die "gemein-nützigen" heimträger inzwischen zu denübelsten methoden (durch prozesse gegen alle streikenden studenten sollen wir pleite-prozessiert werden / einschüchterungen verschiedener art / durchsetzung neuer mitverträge mit der verankerung des "vorübergehenden gebrauchs", was unsere völlige entrechtung als mieter bedeuten würde.

Im gegensatz zu der wohlorganisierten clique der heimträger sind unsere mietkämpfe oft noch isoliert voneinander und von der öffentlichkeit, teilweise auch sehr improvisiert. Wir brauchen bundesweiten erfahrungsaustausch über die oft vereinzelten mehr oder weniger erfolgreichen initiativen auf diesem sektor. Meldet euch bitte bei uns!

Schließlich sollten wir von diesen defensiven mieterhöhungsabwehrinitiativen mal weg und zum ziel der "selbstverwalteten studentenwohnheime" kommen und dafür grundlagen schaffen. Wir bitten um mitteilung entsprechender ansätze. Auch kontakte zu schüler- und lehrlingsheimen würden wir uns wünschen.

Kontaktadresse: mieterstreikkomitee c/o rechtsanwaltskollektiv Günnemann, Jacobi, Reinhard, 2 Hamburg 19, Heußweg 35.

## erprobung von arzneimitteln an gefangenen und zwangsbehandlung mit psychopharmaka-spritzen in der JVA Straubing, Bayern

Straubing 5. September Gegen die leitung der JVA Straubing und gegen den leitenden arzt der sogenannten "psychiatrischen krankenabteilung – haus III" Schildmayer, hat ein gefangener bei der staatsanwaltschaft Nürnberg wegen fahrlässiger tötung, mißhandlung von schutzbefohlenen nach § 223b StGB, ausstellen unrichtiger gesundheitszeugnisse nach § 278 StGB, körperverletzung im amt nach § 340 StGB strafanzeige erstattet.

Abschrift des schreibens an die staatsanwaltschaft bei dem landgericht Nürnberg-Füth:

Klaus Garpentin
844 Straubing
Äußere Passauer Str. 90 Straubing, den 5. Sept. 75

An die Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Nürnberg-Fürth, 85 Nürnberg, Gerichtsfach

Hier: strafanzeige gegen die anstaltsleitung der JVA Straubing und den leiter der psychiatrischen krankenabteilung – haus III – der JVA Straubing, dr. med. Schildmeyer

Hiermit stelle ich strafanzeige gegen die anstaltsleitung der JVA Straubing und gegen den leiter der psychiatrischen krankenabteilung – haus III – der JVA Straubing, dr. med. Schildmeyer, wegen:

1. fahrlässiger tötung nach § 222 StGB, 2. mißhandlung von schutzbefohlenen nach § 223 b StGB, 3. ausstellen unrichtiger gesundheitszeugnisse nach § 278 StGB, 4. körperverletzung im amt nach § 340 StGB, 5. und dergl. mehr.

Gründe:

1. fahrlässige körperverletzung: In der nacht vom 4. auf den 5. September 1975 verstarb der gefangene Erich Werner im haus II C III in seiner zelle wegen angeblichen selbstmordes. Der gefangene Erich Werner war ca. sieben monate mein zellennachbar, zuerst im haus I und dann im haus II. Dadurch lernte ich W. kennen, und ich habe mich auch stundenlang mit ihm am fenster unterhalten über alles mögliche. W. war ein mensch, der zu jedem spaß bereit war und charakterlich ein guter mitgefangener war.

In der zeit, da ich auf transport in Nürnberg war, wurde dem W. seine revision verworfen, und er wurde auf eine andere abteilung verlegt. Ich sah ihn dann wieder, als ich vom transport zurückkam, er hatte seine zelle hier im haus II C III. Ich kannte ihn gar nicht mehr wieder. Er schwankte wie ein betrunkener, war nicht ansprechbar und zeigte überhaupt keine reaktion. Von anderen gefangenen hörte ich dann, daß W. in die psychiatrische krankenabteilung für einige tage untergebracht war. Ca. 3 wochen später traf ich W. beim wasserholen, und wir kamen ins gespräch. Dabei sagte mir W., daß man ihn im haus III – psychiatrische krankenabteilung der JVA – mit tabletten und spritzen behandelt hätte, er habe dauernd kopfschmerzen, seine arme und beine fühlen sich an, als seien sie eingeschlagen. Wörtlich sagte er: "Die schweine haben mir hergerichtet !"

Ich traf W. dann noch öfters. Sein zustand bessserte sich nicht, sondern ich würde sagen, daß er sich sogar verschlechterte. W. war dann noch ein- oder zweimal im haus III für einige tage zur behandlung. Wann W. das letztemal im haus III war, weiß ich nicht, läßt sich aber anhand der haus- und krankenakten feststellen.

Ich selbst sah W. noch vor einigen tagen, und er machte mir gegenüber einen ganz verstörten eindruck. Er wollte noch was zu mir sagen, aber ich verstand ihn nicht richtig, weil der beamte dazwischentrat.

Am morgen, den 5. September 75, habe ich dann erfahren, daß W. tot ist. Er soll sich eine tüte über den kopf gezogen haben und so erstickt sein.

Ich behaupte daher, daß der dr. med. Schildmeyer schuld ist am tod des Erich Werner, indem er W. mit irgendeiner psychopharmaka in tabletten- oder spritzenform derart in seinem willen beeinflußt hat, daß W. gar nicht mehr in der lage war zu entscheiden, was er tut.

Ich halte einen selbstmord von W. für völlig ausgeschlossen, dazu kannte ich ihn viel zu gut. Nur diese psychopharmaka habenW. in den tod getrieben.

2. mißhandlung von schutzbefohlenen: bei allen gefangenen, die ich gesprochen habe und die im haus III für tage untergebracht waren, kam zutage, daß psychopharmaka-spritzen und tabletten in übermaß ausgeteilt werden. Die leute, die sich so einer behandlung unterzogen haben, sind meist für wochen nicht ansprechbar. Sie zeigen ein verhalten, als wäre ihnen bewußt mit irgendwelchen medikamenten der wille gebrochen worden.

Es wäre ein wort des ausscheidenden sellvertreters des anstaltsleiters zu erwähnen: "wer sich nicht biegen läßt, der wird gebrochen. Wem das nicht reicht, der kommt ins haus III"

Seit Oktober liege ich hier auf einer abteilung mit aussicht direkt aufs haus III. In dieser zeit konnte ich fast jeden tag oder des nachts die schreierei im haus III hören. Es war deutlich zu hören, daß dort gefangene irgendeiner behandlung unterzogen wurden, die sie nicht wollten. Immer wieder war zu hören: "Ihr schweine, laßt mich in ruhe! Ich will nicht, ihr dreckschweine, mörder uw."

Dies ist zwar kein direkter beweis, aber von ungefähr schreit keiner so wie ein tier! Im übrigen laufen hier genug gerüchte in der anstalt herum, in deneh es heißt, im haus III würden versuche mit menschen gemacht, um neue psychopharmaka-mittel auszuprobieren.

3. ausstellen unrichtiger gesundheitszeugnisse: dieser sachverhalt ergibt sich aus den punkten 1 und 2 sowie der tatsache, daß man aufgrund unrichtiger gesundheitszeugnisse an gefangenen psychopharmaka (spritzen und tabletten) auszuprobieren in der lage war.

4. körperverletzung im amt: dieser sachverhalt ergibt sich aus den punkten 2und 3. Als beweis für diese meine strafanzeige gebe ich folgende beweismittel an:

a) Akten und karteien über patienten, die im haus III untergebracht sind, b) hausakten über gefangene der JVA Straubing, c) verbrauch der psychopharmaka im haus III, d) dienstliche äußerung der anstaltsleitung zum tod von Erich Werner, e) derzeit inhaftierte gefangene in der JVA Straubing, die im haus III untergebracht waren, usw.

Außerdem beantrage ich die überprüfung sämtlicher todesfälle im haus III hier in der JVA Straubing der letzten jahre. Um für mir namentlich bekannte gefangene repressalien auszuschließen, verlange ich, daß die ermittlungsbehörde alle gefangenen vernimmt, die zur sache aussagen können. Die namen sind aus den entsprechenden haus- und krankenakten ersichtlich.

gez. Grapentin